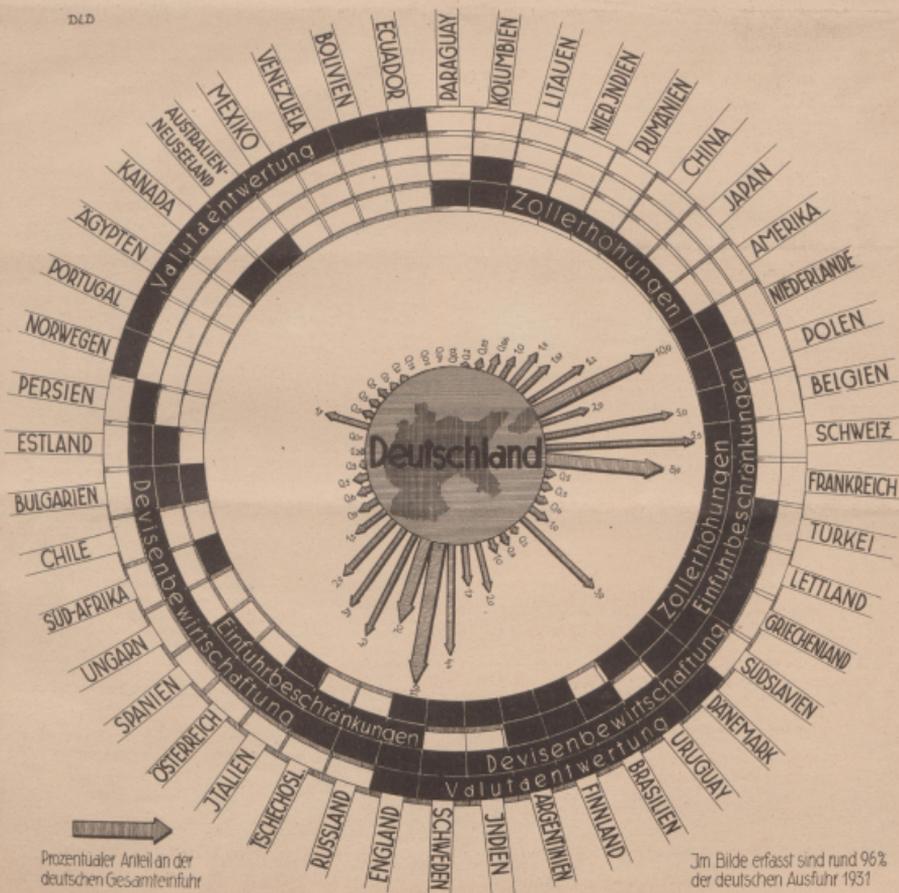


# Der Heimatdienst

## Wachsende Ausfuhrhemmungen rings um Deutschland

unberücksichtigt bleiben die bereits vor Mitte 1931 bestehenden Ausfuhrerschwerungen

DLD



## Der Beginn der Genfer Abrüstungskonferenz

Der erste Teil der Generaldebatte der Abrüstungskonferenz in Genf ist vorüber. Die Vertreter der Großmächte haben nacheinander ihren Standpunkt zur Abrüstungsfrage präzisiert. Als Vertreter des Deutschen Reiches hat Reichskanzler Brüning selbst in ausführlicher Rede den deutschen Standpunkt dargelegt. Vor den Vertretern der Regierungen haben in einer besonderen Sitzung der Konferenz die Vertreter und Vertreterinnen der verschiedenen Organisationen nationalen und internationalen Aufbaus die Stimme der Völker zum Ausdruck gebracht. Welches ist der Gesamteindruck, der sich aus all dem ergibt?

Die Abrüstungskonferenz hat begonnen, inmitten einer Stimmung voll Optimismus, sogar von Mithras. Die durch die Verschiebung der Kaufmännischen Konferenz weithin sichtbar gewordene vorläufige Unlösbarkeit des Reparationsproblems, die fruchtlose Beschäftigung des Völkerbundesrats mit dem chinesisch-japanischen Konflikt und manches andere führten vielfach zu der Frage, ob der Zeitpunkt opportun sei, in dem die Abrüstungskonferenz zusammenzutreten ist. Man kann jetzt schon sagen, daß trotz allem dieser Zeitpunkt richtig gewählt war. Die bisherige Debatte, ob sie nun von inoffiziellen Vertretern der Völker oder von den offiziellen Vertretern der Regierungen geführt wurde, hat deutlich gezeigt, daß ein starker Wille vorhanden ist, der auf einen positiven Ausgang der Konferenzverhandlungen hindrängt. Hinter den Vertretern der Organisationen, die in Genf sprachen, standen Massenheere von vielen Millionen von Frauen und Männern aller Länder, die in der Form von Petitionen und Resolutionen die Abrüstung forderten. Was die Vertreter der Regierungen sagten, ging im allgemeinen in dieselbe Richtung.

Wenn noch vor Beginn der Generaldebatte der französische Delegationsführer, Kriegsminister Cardia, konkrete „Vorschläge“ auf den Konferenzstisch legte und damit, wie viele fürchteten, die Führung der Kommission an sich zu reißen schien, so zeigte sich bald, als die Vertreter der anderen Großmächte gesprochen hatten, daß diese Befürchtung nicht begründet war. Die französischen Vorschläge, die ganz in der Linie der traditionellen französischen Sicherheitspolitik liegen, zielen auf den Ausbau des Art. 16 der Völkerbundsatzung im Sinne der Organisation der gemeinsamen Aktion des Völkerbundes gegen einen eventuellen Angreifer. Der Völkerbund soll eine internationale Streitmacht bekommen, um seinen Entscheidungen Nachdruck verleihen zu können. Diese Streitmacht soll eine internationale Luftpolizei, bestehend hauptsächlich aus großen Bombenflugzeugen, sein. Gleichzeitig soll die zivile Luftfahrt internationalisiert werden. Man muß sich fragen, ob der französische Delegationsführer, als er diese Vorschläge der Konferenz unterbreitete, der Überzeugung war, diese Vorschläge hätten Aussicht, angenommen zu werden. Sie zielen darauf, die Verpflichtungen der Völkerbundsatzung wesentlich auszuweiten. Tun sich aber an der Abrüstungskonferenz eine Reihe von Staaten, darunter so entscheidend wichtige, wie die Vereinigten Staaten und England, beteiligt, die Nichtmitglieder des Völkerbundes sind, und zwar deswegen, weil sie die Bindungen, die die Völkerbundsatzung auferlegt, nicht zu übernehmen gewillt sind. Kann man erwarten, daß sie nun auf der Abrüstungskonferenz bereit sein könnten, einem Abkommen beizutreten, das die Verpflichtung der Völkerbundsatzung erweitert und konkretisiert? Haben nicht außerdem die diplomatischen Verhandlungen der letzten zwölf Jahre klar erwiesen, daß England nicht gewillt ist, einem Sicherheits-system beizutreten, wie es Frankreich im Genfer Protokoll aufgebaut hatte und über das die gegenwärtigen französischen Vorschläge in mancher Hinsicht noch hinausgehen? Man kann auf zweierlei Art Nein sagen. Direkt oder indirekt. Das letztere, indem man Ja sagt, aber dieses Ja mit Bedingungen umgibt, die unerfüllbar sind!

Don den Vertretern der Großmächte, die bisher in Genf das Wort ergriffen haben, hat der Deutsche Reichskanzler die härteste und lebhafteste Zustimmung geerntet. Schon als er auf die Rednertribüne stieg, empfing ihn ostentativer und lang anhaltender Beifall, der sich während der Rede und an ihrem Ende mehrfach wiederholte. Sicher kam darin das große Interesse zum Ausdruck, das sich Dr. Brüning draußen in der Welt während seiner Amtsführung erworben hat. Ebenso kam darin aber auch spontan die Wirkung zum Ausdruck, die das zugleich würdige, achtbare, verantwortungsbewußte und konsiliante Wesen des Kanzlers ausströmte. Der Reichskanzler hat in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes unterstrichen. Er hat mit aller Deutlichkeit auf die deutsche Entwarnung hingewiesen und die Forderung und den Rechtsanspruch

des deutschen Volkes auf die allgemeine Abrüstung, auf Gleichberechtigung und gleiche Sicherheit präzisiert. Er hat außerdem deutsche Vorschläge angeklügelt, die dazu dienen sollen, die Arbeiten der Konferenz von dem ungenügenden Konsententwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission weg zu einer wirklichen Abrüstung hin zu orientieren. Der Reichskanzler hat durch den Ernst und die Präzision, mit der er die deutschen Ansprüche an die Abrüstungskonferenz formulierte, und zugleich durch die Betonung der deutschen Bereitschaft, an der Vorbereitung jeder ernst gemeinten Abrüstungsmaßnahme sich zu beteiligen, keinen Zweifel darüber gelassen, welches die Haltung der deutschen Delegation sein wird: Mitarbeit, verantwortungsbewußte Mitarbeit an den großen Aufgaben der Konferenz, die wirkliche Menschheitsaufgaben sind. Zugleich aber unbeugbarer Wille, die deutsche Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage zu erkämpfen, sich mit keiner Scheinabklärung zu begnügen und den deutschen Rechtsanspruch auf gleiche Sicherheit mit den anderen Völkern zur Anerkennung zu bringen. Der führende deutsche Staatsmann hat so den Weg klar abgesteckt, den die deutsche Delegation zu gehen hat.

Vergleicht man mit der Rede des Deutschen Reichskanzlers die Rede des englischen Außenministers Simon, des italienischen Ministers Grandi und des amerikanischen Ministers Gibson, so kann man weitgehende Übereinstimmung in der Zielsetzung erkennen. Am meisten bei dem Vertreter Italiens. — Die Ausführungen des italienischen Außenministers boten eine wertvolle Ergänzung der Rede Dr. Brünnings. Vieles von dem, was Grandi ausführte, hätte der Reichskanzler wörtlich selbst sagen können, z. B. daß im Teil V der Friedensverträge ein Muster für wirkliche Abrüstung vorliege, daß die Abrüstung Deutschlands nicht bedingungslos vollzogen worden sei, sondern unter der Voraussetzung der allgemeinen Abrüstung, daß die anderen Partner der Friedensverträge eine klare Rechtsverpflichtung zur Abrüstung hätten, und daß es sich nicht um die Ausarbeitung neuer völkerrechtlicher Sicherheitsinstrumente, sondern um tatsächliche Abrüstungsmaßnahmen handeln müsse, schließlich, daß es auf die Verringerung und Verminderung der tatsächlichen Angriffswaffe ankomme. Aber es war besonders wertvoll, daß der Vertreter einer hochgerühmten Großmacht, einer der Alliierten aus dem Weltkrieg, einer aus der Siegergruppe alles das sagte. Es war sogar wirkungsvoller, als wenn es Dr. Brüning gesagt hätte, der damit viel mehr in eigener Sache gesprochen haben würde. Auch der Vertreter der Vereinigten Staaten hat in neun Punkten bestimmte Abrüstungsvorschläge gemacht, ähnlich wie übrigens der Vertreter Großbritanniens. Alle diese Vorschläge werden in den durch den Deutschen Reichskanzler angeklügten deutschen Vorschlägen ihre Ergänzung und vielleicht Zusammenfassung finden, für die der natürliche Ausgangspunkt die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages bilden müssen.

64 Staaten sind auf der Abrüstungskonferenz vertreten. Die Stimmen der kleinen und mittleren Staaten werden bei der Abstimmung ebenso zählen wie die der Großmächte. Reichskanzler Dr. Brüning hat in seiner Rede einen viel beachteten Appell an die kleineren Staaten gerichtet, sich ihrer Bedeutung im Rahmen der Konferenz bewußt zu sein und ihre Stimme für die wirkliche Abrüstung verantwortungsbewußt in die Waagschale zu werfen. Der Deutsche Reichskanzler hat mit dieser Formulierung staatsmännischen Weitblick gezeigt. Großes wird natürlich die Haltung der Großmächte letzten Endes den Ausschlag geben. Am Fortschreiten hat sich bisher Frankreich durch bis ins einzelne gehende Vorschläge geäußert. Aber diese Vorschläge gehen an der Abrüstung vorbei; auch wenn sie in vollem Umfang verwirklicht würden, würde dadurch die Bewaffnung der Welt nicht um einen Soldaten, nicht um eine Kanone, nicht um ein Flugzeug vermindert werden. Die französischen Vorschläge könnten höchstens eine scheinbare Verschiebung eines Teiles der nationalen Bewaffnung auf internationales Gebiet, in den Völkerbund bedeuten, ohne daß die Verfügung über diesen Teil der nationalen Bewaffnung den Staaten tatsächlich genommen würde. Ganz anders die italienischen, englischen, amerikanischen und sicher auch die in Aussicht gestellten deutschen Vorschläge. Sie zielen alle darauf, die wirklichen Offensivwaffen zu beseitigen oder doch wenigstens einzufrieren: das Unterseeboot, die Großkampfschiffe, die Flugzeuge und die schweren Geschütze, den Gaskrieg, die Bombenflugzeuge usw., d. h. also gerade diejenigen Arten der Bewaffnung, die Deutschland verboten sind. Mit der Beratung dieser Vorschläge wird die Konferenz auf dem guten Wege sein.

## Zum Kampf gegen die Tribute

Von Graf Westarp, M. d. R.

Soll das deutsche Volk gegen die Angriffe und Krisisverfahren gewappnet sein, die ihm in den Tributverhandlungen von der französischen Politik und Propaganda drohen, so muß es in deutscher Gründlichkeit und Gemisshatigkeit davon überzeugt sein, daß jene Sache gerecht ist und mit tatsächl. unanfechtbaren und schlagkräftigen Beweisen vertreten wird. Unbefristet ist die Feststellung der beiden Stillhaltekommissionen vom August 3. J. und Januar 8. J. und des nach dem Pariser Vertrag zünftigen deutschen Sonderausgleiches der 2. J. 5. im Bafeler Bericht, daß dem Deutschland zur Zeit sowohl die als die ungeschützten Annullitäten weder ins Ausland transportiert noch im Inlande anbringen kann. Es handelt sich um die Folgen, die hieraus für die Zukunft zu ziehen sind. In dem hierüber entbrannten Streit hat Deutschland zur Zeit vornehmlich die drei Tatsachen auf seiner Seite, daß seine Zahlungsunfähigkeit für die Tribute eine dauernde sein wird, daß der Stand seiner Lebenshaltung und Belagung unglücklicher ist als der anderer Länder, und daß jene bisherigen Zahlungen und Leistungen erheblich größer sind, als die ihm durch das Versämler Takt, schmeichele denn durch den Dorkreisensvertrag, anferlegten Verpflichtungen. In nachstehenden Ausführungen soll einiges Material für den Nachweis des Dauercharakters der deutschen Tributunfähigkeit beigebracht werden.

Im zweiten Kapitel des Bafeler Berichtes wird ausgeführt, es liege an der Zukunft vorzueifeln, wollte man annehmen, daß nicht auch der jetzigen Krise, wie allen bisherigen, wieder eine Zeit der Stabilität und des Aufschwungs folgen würde. Auf Streben des französischen Militärliebes ist an diese Hoffnung die Schlußfolgerung geknüpft, es sei falsch, die künftigen Möglichkeiten von der Grundlage der jetzigen Depression aus beurteilen zu wollen. Auch Deutschland vorzueifeln nicht an seiner Zukunft und ist entschlossen, sich wieder zur Stabilität seiner Wirtschaft und seiner Finanzen emporzuarbeiten. Daß das selbige nicht, ist eine Hoffnung, deren Berechtigung der Bafeler Bericht allein aus den allgemeinen Erfahrungen der Vergangenheit ableitet, während er andererseits feststellen muß, daß es „zu der gegenwärtigen Störung keine Parallele aus Friedenszeiten gebe“ und daß es sich um eine „heftigste Schwere“ der Krise handle, „deren Ausmaß ungewisshat die verhältnismäßig kurze Depression übersteigt“, mit der im Tributvertrag gerechnet worden ist. An Stelle der Hoffnung auf ihr Ende müssen Tatsachen zur Grundlage der zu treffenden rechtlichen Abmachungen gemacht werden. Der Bericht selbst hebt hervor, daß der Zeitpunkt der Wiederherstellung der heute noch bedrohten Stabilität nicht festzulegen ist, und daß die erwartete Stabilität erst mit Hilfe von dem ihm im Kapitel IV vorgeschlagenen Maßnahmen erreicht werden kann, deren Umfang und Durchführung offensteht. Selbst nach dem Bafeler Bericht ist also die erwartete Entwicklung zur Stabilität an einem terminus incertus an et quando geknüpft, und schon deshalb kann Deutschland sich mit neuen Bedingungen und Inerententritten nicht auf sie verlassen. Darüber hinaus muß es den Nachweis erbringen, daß die erhoffte „Stabilität“ von der noch unsicher ist, und wann sie eintritt, unter keinen Umständen gleichbedeutend sein wird mit der Möglichkeit, die allgemein als wirtschaftlicher Wachstum erkannten politischen Zahlungen ohne Gegenwert wieder aufzunehmen.

### I.

Im bedeutungsvollsten für das Ausland ist der Nachweis, daß der Transfer der Tribute unmöglich ist. Bis zum Überdruß haben, ohne daß die nötigen Schlußfolgerungen daraus gezogen werden, sämtliche Entschäfer von Dawespian bis zum letzten Stillhaltebericht ausgesprochen, daß Zahlungen an das Ausland auf die Dauer nur aus Überflüssen der Devisen im Ausland wieder erreicht werden können. In die deutsche Zahlungsbilanz des Jahres 1931 ließ der Bafeler Bericht als Einnahme den Exportüberschuß mit 5000, neue Kredite mit 1200 und Derwertung deutscher Devisen- und Auslands-Nerven mit 5000 Millionen ein. Davon sind das abgesetzte Kapital mit 4900 Millionen, Zinsen der ausländischen Privatkapitalien mit (zu niedrig geschätzt) 1000 Millionen und Reparationen mit 800 Millionen bezahlt. Da diese am 1. Juli aufgehört haben, würde ohne das Stannungsjahr des Exportüberschußes von 1931 um mehrere hundert Millionen hinter Privatkapitalien und politischen Schulden hundert Millionen hinter das Ausland geleistet werden können zurückzuführen sein. Dabei aber steht fest, daß diese Höhe des Exportüberschusses eine aufgeräumte und nicht wieder erreicht werden wird. Der Ausfuhrüberschuß Deutschlands ist eine Kräfteerscheinung. In der Zeit aufsteigender Konjunktur von 1925 bis 1929 war die Handelsbilanz einschließlich Reparationsleistungen passiv bis zu einem fehlbetrag von 2846 Millionen im Jahre 1927. Seit Eintritt der Krise ist die Aktiivität gestiegen von 35 Millionen im Jahre 1929 auf 1642 Millionen im Jahre 1930 und rund 5000 Millionen im Jahre 1931. Der Schluß, daß zurückführende Stabilität auch wieder zur Passivität oder höchstens zum Ausgleich der Handelsbilanz führen werde, liegt hiernach nahe und ist durch

Tatsachen begründet. Als abnorme Faktoren, die den Ausfuhrüberschuß herbeiführen haben, nennt der Bafeler Bericht auf der Seite der Ausfuhr den Zwang, die Käufer aus Mangel an Barmitteln zu erneuern und Vorerlieferung, auf Seite der Einfuhr Rückgang der Konjunktur durch Erwerbslosigkeit, niedrige Löhne, hohe Steuern. Das alles sind Ursachen, die gerade bei Eintritt der erwarteten Stabilität fortfallen. Im einzelnen beruht der Rückgang zur Aktiivität der Handelsbilanz darauf, daß die Einfuhr noch stärker zurückgegangen ist als die Ausfuhr. Deutscher Ausfuhr war nach dem letzten Bafeler Bericht des Jahres 1925 von 2990 bis zum Jahre 1929 um 45 s. H. auf 13 828 Millionen gestiegen. Seitdem ist sie fast auf den Tiefstand von 1925, und zwar dem Werte nach um 28 s. H., der Menge nach um 12 s. H., gesunken. Der Aufstieg bis 1929 war konjunkturell, der Abstieg hat Ursachen, die dauernd wirken. Für den Wert der deutschen Ausfuhr geben den Ausschlag nicht die Rohstoffpreise, die bisher am stärksten gesunken sind und vielleicht ihren Tiefstand erreicht haben, sondern die fertigeren Preise, die den Rohstoffpreisen erst nachzulegen pflegen. Für die Menge und die Preise der Ausfuhr aber werden immer aufsteigender die Hemmnisse, die das Ausland der deutschen Ausfuhr entgegenstellt. Gerade sie wirken auf lange Sicht und härter als der durch die Krise bedingte Zwang zur Ausfuhr. Eine Zusammenfassung der Länder, in denen für alle oder einzelne Waren Einfuhrmonopole, Einfuhrzölle, Einfuhrkontingentierungen, Zollerhöhungen allgemeiner Art und als Antidumpingmaßnahmen Verwendungszwang für inländische Erzeugnisse eingeführt oder geplant sind, wäre für Darstellung des deutschen Standpunktes von Wert. Die Hemmnisse nehmen von Tag zu Tag zu. Gerade jetzt hat sich England unter Verpöngung seiner Kolonien durch einen allgemeinen Zollausgleich von 20 s. H. weiter gegen deutsche Waren abgesperrt. Dazu kommen die Länder mit Zollangehörigkeiten, die durch den Besessensvertrag, den Länder mit zunehmendem Gewicht aber wird seit dem letzten halben Jahre die deutsche Ausfuhr durch die Dolantwertung durch Aufhebung der Goldbesitzung in 19 Ländern, darunter England und die Nordstaaten, gehemmt. Im 80 s. H. geht die deutsche Ausfuhr in Länder mit Ausfuhrhemmnissen; auf dem noch freien Rest des Marktes stößt sie auf eine dadurch verschärfte Konkurrenz. Ohne Widerspruch rechnen die deutschen Sachverständigen in Basel damit, daß die deutsche Ausfuhr im Jahre 1932 um etwa 10 s. H. durch Rückgang der Preise und weitere 10 s. H. durch Rückgang der Menge vermindert werden könnte. Einmalen in Verlust der Exportüberschuß auf wenig über eine Milliarde zurückzuführen. Dem Stand der deutschen Ausfuhr von 1929 haben deshalb die deutschen Sachverständigen in Basel ohne Widerspruch als einen Höchstfall bezeichnet, der nicht wieder erreicht werden wird.

Die Ursache für die Aktiivität der Handelsbilanz der letzten drei Jahre lag also darin, daß die deutsche Einfuhr noch erheblich härter als die Ausfuhr zurückgegangen ist. Nach einem Höchststand des Jahres 1927 von 14 228 läßt sie 1929 auf 13 497 und 1930 auf 10 595 Millionen, und der Vergleich der ersten neun Monate, für die in Basel ein Abschluß vorlag, ergab vom 1. 1. 1931 ein weiteres Absinken von 897 auf 573 Millionen, also um weitere 56 s. H. Abernimmt oder anerkennt Deutschland die Verpflichtung, Tribute weiter zu zahlen, so ist das gleichbedeutend mit der Verpflichtung, seine Einfuhr weiter zu droffeln. Das muß das Ausland, soweit es an der deutschen Einfuhr interessiert ist, sich gegenwärtig halten. Es wird auch damit rechnen müssen, daß, gewollt oder nicht, ein weiterer Einfuhrabschlag eintreten muß, soweit Devisen dafür fehlen, weil sie für die privaten und politischen Schulden benötigt werden, und soweit die Regierung fastfortgesetzten Zusammenbrüche der inneren Wirtschaft durch Schulden vor ausländer. Die Konkurrenz und entwerteten Dolanten verbinden muß. Das frag, ob weitere Drofflung der Einfuhr noch Gesichtspunkt der Autarkie erwünscht und wieweit sie überhaupt durchführbar und erträglich ist, steht für den Nachweis der Transferunmöglichkeit nicht zur Eörterung. Entscheidend hierbei ist, daß ein weiterer — von selbst eintretender oder durch gesetzliche Maßnahmen herbeigeführt — Rückgang der Einfuhr Deutschlands Finanzwesens gleichbedeutend ist mit einer Verbesserung seiner Handelsbilanz. Soweit die Drofflung der Einfuhr der deutschen Exportüberschüsse die vom Auslande benötigten Rohstoffe entzieht und zu weiterer Derwertung der Wirtschaft führt, kann sie sogar indirekt deren Aktiivität noch weiter herabsetzen.

Der Bafeler Bericht enthält die Feststellung, der Nominalplan sei von der Voraussetzung einer fähigen Ausdehnung des Welthandels nicht nur dem Volumen, sondern dem Werte nach ausgegangen, innerhalb deren die von Deutschland zu zahlenden Annullitäten ein Faktor von abnehmender Bedeutung sein würden; tatsächlich aber sei das Gegenteil eingetreten. Deutschland selbst hat den Nachweis zur Verfügung, daß seine Veranlassungen und Dolantwertungen die Voraus-

setzung der Transferfähigkeit zerstört haben, ebenso wie die B. J. Z. die ihr im Vertrag ausdrücklich zugewiesene Aufgabe nicht erfüllt hat, der deutschen Ausfuhr neue Märkte zu erschließen. Dazu ist eine Steigerung des Goldwertes um schätzungsweise 50 bis 40 v. H. getreten, von der noch nicht abzusehen ist, wie weit sie sich fortsetzen wird. Jedenfalls liegt auch bei dieser Ursache der deutschen Tributfähigkeit kein Bemerkenswürdiges darin, daß sie vorübergehende Erscheinungen seien.

Wird der Transfer nicht durch Aktivität der Handelsbilanz (einschließlich der, für Deutschland passiven, Posten der Reise-, Frachteinahmen usw.) ermöglicht, so kommen hierfür nur Auslandsanleihen in Betracht. Der Jafeler Bericht führt aus, die gegenwärtige Tributfähigkeit Deutschlands sei unausbleiblich gemessen, als in der Herbst 1929 „der Umflutung von einer Periode übermäßiger Ausdehnung von Auslandskrediten zum plötzlichen Aufbruch einer besorglichen Kreditengpässe eingestuft habe“. Von der Möglichkeit, daß hierin in Zukunft eine Änderung zugunsten der Tributfähigkeit eintreten könne, sprechen die Sachverständigen wohlweislich nicht. Sie ist ausgeschlossen. Als in Basel die deutsche Auslandsbilanz festgehalten werden sollte, ergab sich auf Grund der durch Notenerhebung vom 27. Juli angeordneten Erhebung, daß die kurzfristigen Schulden noch um rund sechs Milliarden höher waren, als im August der Wiggins-Ausfuhr angenommen hatte. Das Ergebnis ist in den sorgfältigen Ermittlungen der letzten Stillhaltekommission anerkannt. Danach beträgt in runden Zahlen die langfristige und die kurzfristige Auslandsverschuldung je zwölf Milliarden. Dazu kommen Zinsen und Verzinsung des Auslandes an deutschen Werten, die unter Vorbehalt auf 4,5 bis 5,5 Milliarden angenommen werden. Die Schätzung deutschen Auslandsvermögens ist unsicherer als die der Auslandsschulden. Man nimmt es auf 5 Milliarden langfristige und, einschließlich laufender Ausfuhrkredite, auf 5 bis 3,5 Milliarden kurzfristige Werte an, so daß die Verfügbare Deutschlands an das Ausland bereits netto rund 21 000 Millionen beträgt. Die Zins- und Tilgungsraten der 24 Milliarden Schulden sind im Jafeler Bericht zu niedrig mit 1600 bis 1800 Millionen für die deutschen Zinsforderungen auf höchstens 500 bis 400 Millionen angenommen.

Jede Vermehrung der deutschen Auslandsbilanz ist ausgeschlossen. Selbst wenn man, augenscheinlich zu niedrig, die Nettozinslast auf 1500 Millionen annimmt, ist sie größer als der Über-

schuß der Handelsbilanz, mit dem dauernd gerechnet werden kann. Schwerer noch als die Zinslast fällt die kurzfristige Tilgungsschuld ins Gewicht. Die Zurückzahlung von fünf Milliarden kurzfristiger Kredite hat im letzten Jahre die deutsche Wirtschaft nicht etwa nur an den Rand des Abbruchs gebracht, sondern in den schwersten Zusammenbruch geführt. Von den immer noch übriggebliebenen zwölf Milliarden kurzfristiger Kredite sind 3,5 Milliarden, die in der Zeit vom Oktober bis Februar fällig geworden waren, nicht etwa endgültig konsolidiert, sondern durch das neue Stillhalteabkommen auf ein weiteres Jahre gestundet. Eine ganze Reihe von Möglichkeiten zum Teil politischer Art sind vorgezogen, bei deren Eintritt die Gläubiger auch von dieser vorläufigen Stundung vorzeitig zurücktreten können. Die Größe der Zinslast und die Gefahr der Kurzfristigkeit sind durch die Ereignisse und die Festhaltungen der letzten Zeit in einem Ausmaße klargestellt worden, daß neue Auslandsanleihen, selbst wenn der deutsche Schuldner glauben sollte, ihre Aufnahme weiter voranzutreiben zu können, von den Geldmächtern der Welt nicht mehr in Aussicht stehen. Von den kurzfristigen Auslandsschulden entfallen 656 Millionen auf Frankreich, 5143 auf die Vereinigten Staaten, 2636 auf die Schweiz, 2069 auf Holland, 2059 auf England, 1411 in kleinen Posten auf verschiedene Länder. Es ist ohne weiteres verständlich, und der Inhalt des letzten Stillhalteabkommens hat es bestätigt, daß die hauptsächlichsten Geldgeber, denen ihr Anteil der kurzfristigen Schuld zuzurechnen, gar nicht daran denken, Deutschland auch nur die schwedischen Kredite weiter zu belassen, wenn nicht die Priorität der privaten vor den politischen Schulden vollständig sichergestellt ist. Daraus ergibt sich die harte Lage Deutschlands kaum feiner. Erträge zahlen, wenn es nicht Auslandskredit erhält, und es erhält keinen Auslandskredit, solange es Tribute zahlen soll. In diesen ewigen Zirkel führt die Transferfrage immer wieder zurück. An diesem unlösbaren Widerspruch würde auch in Zukunft die Möglichkeit des Transfers scheitern.

Die Unmöglichkeit, Tribute zu transferieren, ist dauernd. Die Ursachen und der fortbestehende Transferunmöglichkeit sind unabhängig von deutschen Entschlüssen. Sie beruht zu einem erheblichen Teil darauf, daß Deutschland Vertragspartner und die B. J. Z. die Voraussetzungen des Pariser Vertrages erfüllt, indem sie Deutschland die Möglichkeit verweigern, seine Ausfuhr so zu erweitern, daß sie die für den Transfer der Tribute erforderliche Aktivität der deutschen Handelsbilanz dauernd ermöglicht. (Ein zweiter Aufsatz folgt.)

## Die deutschen Leistungen

Endlich hat die deutsche Regierung Zahlen über die deutschen Leistungen veröffentlicht. Seit 1925 ans Brochüre „Was Deutschland geleistet hat“, d. h. seit 1925 sind deutscherseits keine Angaben über den Wert der deutschen Leistungen veröffentlicht worden, obwohl nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland ungeduldig danach verlangt wurde. Jetzt, wo diesem Verlangen fastgegeben worden ist, hat sich nun nicht etwa eine erregte Diskussion über die deutsche Veröffentlichung entzündet. Die Regierung hat die deutschen Leistungen nämlich nicht, wie dies französischerseits geschehen war, den französischen Dierobertaufstellungen gegenübergestellt, sondern sie hat sie in Zusammenhang gebracht mit den neuerdings wirkenden, die aus den Leistungen für die Weltwirtschaft, insbesondere aber für die deutsche Wirtschaft sowie für die deutsche Zahlungsfähigkeit entstanden sind. Diese Darstellung traf auf weitgehendes Verständnis. Alle Welt ist damit beschäftigt, nach den eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zu forschen. Überwiegend wird sie, jedenfalls zu einem ausfallgebenden Teile, auf die Leistungen und Einbußen Deutschlands zurückgeführt, die aus Grund des verlorenen Krieges aufgezogen worden sind. Hatte doch z. B. der englische Minister Baldwin vor kurzem verlautet, daß die englische Arbeitslosigkeit ihren ersten Anstoß durch die Auslieferung der deutschen Flotte erhielt. Die Bekanntheit der deutschen Flotte hat aber noch aus einem anderen Grunde nachdrücklich gefehlt. Die deutschen Leistungen seit der Stabilisierung der Mark sind allgemein bekannt; ihr Wert ist nicht bestritten. Die Leistungen aus der früheren Zeit waren dagegen weniger bekannt. Das Ausland nannte die deutschen Zahlen „phantastisch“. Im häufigsten wurden im Ausland die Zahlen der Reparationskommission, die nicht über 10 Milliarden Goldmark (bis 31. August 1924) hinausgekommen sind, erwähnt. Daneben versuchte man, sich nicht zu weit glauben zu machen, daß Frankreich überhaupt alle Welt erhalten hätte, und selbst die jüngste halbamtliche französische Verlautbarung behauptet, daß die deutschen Leistungen an Frankreich wenig mehr als 5 Milliarden Goldmark ausmachten. Der Grund für diese scheinbar völlig aus der Luft gegriffenen Angaben liegt in folgendem: Frankreich rechnet nicht, was es an wirtschaftlichen Werten empfangen hat, sondern was ihm

nach dem Versailles Vertrag durch die Reparationskommission gutgeschrieben wurde. Nun versagt dieser Vertrag für eine Reihe deutscher Leistungen jegliche Gültigkeit, z. B. Leistungen im Zusammenhang mit Eliaß-Koalitionen, Ersatzlieferungen für die verenkete Kriegsstotte u. a. Der Versailles Vertrag enthält nicht nur in seinem Teil über die Reparationen, sondern fast in jedem seiner Teile Vorschriften über Belastungen Deutschlands, vielfach ohne irgendeine Gültigkeitsbestimmung. Auf jede erdenkliche Weise sind dem besiegten Lande Leistungen, Anstellungen, wie die Verfassung der Weisheitslehre, angedungen, die erfüllt werden konnten, und Verluste aufstrotzt worden. Für andere Leistungen, z. B. Kohlen, steht der Vertrag nur eine teilweise Gültigkeit vor, d. h. es wird nicht der Weltmarkt, sondern der viel niedrigere deutsche Inlandpreis zugute gebracht. Die willkürliche Handhabung der Vertragsbestimmungen durch die Reparationskommission, die „an keine gesetzlichen Vorschriften gebunden war und sich von der Gerechtigkeit, Billigkeit sowie von Treu und Glauben leiten“ ließ, führte weiterhin dazu, daß nicht der wahre Wert der deutschen Leistungen für den Abnehmer, also Deutschland, zur Zeit der Festlegung, sondern lediglich der Wert dessen gutgeschrieben wurde, was gerade bei der Verfertigung oder besser der Verflechtung der deutschen Massenlieferungen herauskam. Der Wahnsinn des Friedensbittens zeigt sich eben am besten an diesen deutschen Auflagen. Wenn man sich überlegt, daß z. B. 3,6 Millionen Tonnen deutscher Schiffe plötzlich auf den Markt geworfen wurden, so wird man begreifen, daß selbst bei einem objektiven Verflechtungsverfahren kein angemessener Preis hätte erzielt werden können. Die Reparationskommission ist aber mit diesen Vorschriften nicht einmal fertig geworden. Durch ihre Auflösung emfiel die Abrechnung über einzelne Leistungskategorie, sondern die Abrechnung über das fortgesetzte deutsche Privatgutentum im Ausland. Schon aus dem letztgenannten Grunde wäre es grotesk, den Wert der deutschen Leistungen, wie es die halbamtliche französische Darstellung getan hat, nach den zufällig bis zum 31. August 1924 erteilten Gutachten berechnen zu wollen.

Die großen Unterschiede, die sich aus dem deutschen und französischen Bewertungssystem ergeben, sind aus der nachfolgenden deutschen halbamtlichen Zusammenfassung vom 29. Januar 1932 ersichtlich.

\*) Berlin und Leipzig 1923, Walter de Gruyter & Co.

Deutsche Leistungen bis 30. 6. 1931.

A. bis 31. August 1924.

	In Millionen Reichsmark.	Deutscheien der Reichs
1. Barzahlungen auf Grund des kondierten Zahlungsplans für 1921 und 1922 . . . . .	1 700	1 700
2. Rheinlandölle 1921 . . . . .	5	5
3. Sonstige Barzahlungen <sup>1)</sup> . . . . .	51	8
4. Englische Reparationsabgabe (German Reparation-Recovery-Act 1921) . . . . .	373	373
5. Kohlen und Koks . . . . .	2 354	939
6. Kohlennebenprodukte und Stäbholz . . . . .	40	40
7. Farbstoffe und pharmazeutische Erzeugnisse . . . . .	250	88
8. Drah . . . . .	204	147
9. Kandwirtschafliche Maschinen und Geräte (Art. III des Abkommens vom 16. 1. 19 in der Verlängerung des Dawes-Stillschließungsvertrages)	21	21
10. Sonstige Sachlieferungen (Anlagen II § 19 und IV zu Abk. I Teil VIII D.) . . . . .	385	385
11. Belgische Kunstwerke und Koemener Bibliothek	16	2
12. Seeschiffe (Handelsflotte)		
a) abgelieferte . . . . .	3 426	756
b) beschlagnahmte <sup>2)</sup> . . . . .	1 060	—
13. Zinnentschiffe . . . . .	56	50
14. Eisenmaterial (Erfahrlieferungen für Scapa Flow) . . . . .	80	—
15. Eisenbahnmateral:		
a) rollendes (Art. 250 V. D.) . . . . .	1 100	827
b) „ „ „ 371 „ „ „ . . . . .	697	—
c) festes (Geräte und Materialien) . . . . .	6	6
16. Lastkraftwagen . . . . .	59	32
17. Nichtmilitärischer Rücklaß an der West-, Ost-, Südost- und Südfront . . . . .	5 041	1 409 <sup>3)</sup>
18. Privatkabel . . . . .	78	53
19. Privatgentium im Auslande . . . . .	10 080	134 <sup>4)</sup>
20. Ausleihgeschäfte . . . . .	617	—
21. Eisenbahnen und Bergwerke in Schantung, Lehrinstitute in Schanghai . . . . .	95	61
22. Wert der auf die abgetretenen Gebiete entfallenden, aber nicht übernommenen Anteile an der Reichs- und Staatsschuld . . . . .	657	26
23. Abgetretenes Reichs- und Staatsentgelt <sup>5)</sup> . . . . .	9 670	2 298 <sup>6)</sup>
24. Arbeiten deutscher Kriegsgesangener <sup>7)</sup> . . . . .	1 200	—
25. Kriegsmaschinen (Schrotterlöse) . . . . .	52	52
26. Ablieferte Kriegesflotte . . . . .	1 358	—
27. Während der Ruhrbesetzung erzwungene Leistungen		
a) Sachleistungen . . . . .	820	Mill. RM.
b) Barleistungen . . . . .	550	„ 1 320 27 <sup>8)</sup>
Summe bis 31. 8. 1924 . . . . .	42 059	8 067
B. Leistungen auf Grund des Dawes-Plans . . . . .	7 993	
C. Leistungen auf Grund des Neuen Plans, des Deutsch-Amerikanischen Schuldabkommens und des Deutsch-Belgischen Markabkommens . . . . .	3 103	
Gesamtsumme bis 30. 6. 1931 . . . . .	53 105	

D. Sonstige Leistungen:

a) Innere Befragungslosten . . . . .	2 012	Mill. RM.
b) Jüngere internationaler Kommissionen . . . . .	106	„ „
c) Militärische Abrüstung einschl. verfenkter Flotte . . . . .	8 500	„ „
d) Industrielle Abrüstung . . . . .	3 500	„ „
e) Grenzregulierung, Abstimmung, Flüchtlingssorgfarge sowie die durch die deutschen Leistungen verursachten Verwaltungskosten . . . . .	400	„ „
Zusammen . . . . .	14 518	Mill. RM.
Hinszu obige . . . . .	53 155	„ „
Insgesamt ed. . . . .	67 623	Mill. RM.

Diese Aufstellung hebt diejenigen Leistungen — im Werte von 55 Milliarden — hervor, welche den Empfängern wirtschaftlich zugute gekommen sind. Aus dem vorher Gesagten ergibt sich aber, daß der Wert dieser Leistungen für die Empfänger nicht der gleiche wie für Deutschland war. Denn auch man die deutschen Reparationswerte hoch erscheinen, so muß man bedenken, daß unmittelbar nach dem Kriege die regulären Preise auf den verschiedensten Märkten enorm in die Höhe getrieben waren und daß Deutschland für den Export und den Wiederaufbau ebenfalls hohe Preise bezahlte oder Anleihen zu untragbar hohen Zinsen aufnehmen mußte. England selbst hat in seine Kriegsschadensrechnung viel höhere Werte eingesetzt. Die in den Häfen beschlagnahmten Schiffe wurden einfach als Kriegsbote behandelt.

Die deutsche Zusammenstellung soll nicht etwa den rednerischen Beweis liefern, daß Deutschland an Frankreich mehr geschickt hat, als der französische Wiederaufbau tatsächlich gefordert hat. Niemand weiß, welche der französischen Ausgaben berechtigt gewesen sind. Die französischen Wiederaufbauanfände ebenso wie die Schiebungen mit dem deutschen Eigentum zeigen, in welchem Maße die Forderungen in die Höhe getrieben, die Empfänge verkleinert wurden. Alle diese Zahlen wachsen aber ins Groteske, wenn man die Wiederaufbauansagen noch, wie es französischerseits geschieht ist, mit einem Frankentransferungs- und einem Zinszuschlag multipliziert; auf die Weise gelangt die französische Rechnung von rd. 15 1/2 Milliarden der effektiv gelieferten Ausgabensummen von rd. 32 Milliarden. Aber es ist wohl nicht in einem Streit über solche Zahlen einzufallen. Die französische Regierung selbst hat es abgelehnt, auf den in Frankreich gemachten Vorschlag einzugehen, ein internationales Gericht mit der Bewertung der deutschen Leistungen und der französischen Wiederaufbauansagen zu besetzen, ein Vorschlag, dessen Ausführung Deutschland im übrigen nicht zu fürchten hätte.

Die Bereicherung, welche den Empfangsländern durch die deutschen Leistungen zugeflossen ist, ist beträchtlich gewesen. Alle Länder waren durch den Krieg aus äußerer geschwächt. Diese Schwächung wurde zunächst durch die deutschen Leistungen gemildert, und das Kapital und Arbeitskräfte der Empfängerländer wurde geschont, indem auf die Einfuhr von Leihkapital in erheblichem Maße verzichtet werden konnte. Deutschland dagegen, das alles Kapital durch Krieg und Inflation verloren hatte, das das Kapitalarme, auf Rohstoffe am meisten angewiesene Land der Welt war, Deutschland wurde ohne Rücksicht auf seine Bedürfnisse gezwungen, Kapital und Sachwerte in ungeheurer Ausmaß zu exportieren! Die Folgen zeigten sich bald. Nicht nur brach Deutschland zusammen, sondern auch die Empfangsländer gerieten in Bedrängnis; sie konnten Deutschlands Leistungen nicht aufnehmen und gerieten in den ersten großen Rezessionsstump, der Deutschen Arbeitern und Arbeiterfrachten ihren ausweg, um ihr Dasein zu behaupten.

Die kurze Atempause, die Deutschland nach der Stabilisierung der Mark bis zum Wuppinal genos, konnte nicht von Dauer sein. Die paradoxe Aufgabe, von einem kapitalarmen Industrieland Kapital, d. h. Waren ohne Gegenwert, in kapitalreiche Länder zu überführen, mußte scheitern. Wenigleich auch der Prozeß der Reparationszahlungen für Deutschland äußerlich ohne größere Beschwerden zu vollziehen schien, weil reichlich hereinkommendes Auslandskapital die Wirtungen der Reparationszahlungen überdeckte, so blieb doch als warnendes Zeichen der wirklichen Schwierigkeiten ein Zinsfuß bestehen, dessen exorbitante Höhe früher oder später den Zusammenbruch der Kreditwirtschaft, der Industrie, ja der ganzen Wirtschaft nach sich ziehen mußte. Hierzu kam, daß das Ausland der Fähigkeit Deutschlands, seinen viel zu hohen Auslandsverpflichtungen nachzukommen, mehr und mehr mikttraute; die Folge war, daß die Auslandsverpflichtung in wachsendem Maße kurzfristig wurde und dadurch die allgemeine Unsicherheit gewaltig erhöhte. Der im Jahre 1931 erneut erfolgte Zusammenbruch Deutschlands ist hauptsächlich die Folge des Zweifels, ob Deutschland imstande ist, selbst seinen privaten Auslandsverpflichtungen nachzukommen. Berücksichtigt man, daß diese Verpflichtungen zu einem großen Teile indirekte Reparationen darstellen, weil die Reparationen seit der Stabilisierung mit Hilfe der privaten Auslandsanleihen bezahlt worden sind, deren Dienst immer Zahlungsbilanz auf Jahrzehnte belastet, so ist dies nicht einmal verwunderlich.

Gesamtwirtschaftlich wird Deutschland auf unabsehbare Zeit arm und gegenüber den kapitalreichen Ländern schwer benachteiligt bleiben. Es ist ein Unfinn, wenn das Verschwinden der öffentlichen Schulden oder der relativ günstige Stand der Reichsbahn als Genügend für den Stand der Wirtschaft, die gekennzeichnet wird durch die Rezessionskrise, den untragbar hohen Zins, den Zusammenbruch der Kreditwirtschaft, die Not der Banken und der Industrie und die furchtbare Arbeitslosigkeit, die den Ruin der öffentlichen Finanzen herbeiführen droht. Das Ausland tut das seine, um die deutsche Leistungsfähigkeit zu hemmen, indem es Zollmauern von phantastischer Höhe errichtet. Unter diesen Umständen bleibt dem Ausland, ob es will oder nicht, kein anderer Ausweg, als: Schluß mit dem System der politischen Verdringung!

<sup>1)</sup> Im wesentlichen Barzahlungen an Frankreich für Eisenkontingente, und zwar: zugrundeliegende Kriegsausgaben der Generäle, Pensionen etc. etc. Deutscher, die in Frankreich für Sozialversicherung.

<sup>2)</sup> Ausschließlich die unter das amerikanische Kriegesgesetz fallenden, von den Vereinigten Staaten beschlagnahmte gemessene Schiffe.

<sup>3)</sup> Gekauft mittels Rücklaß an der Westfront.

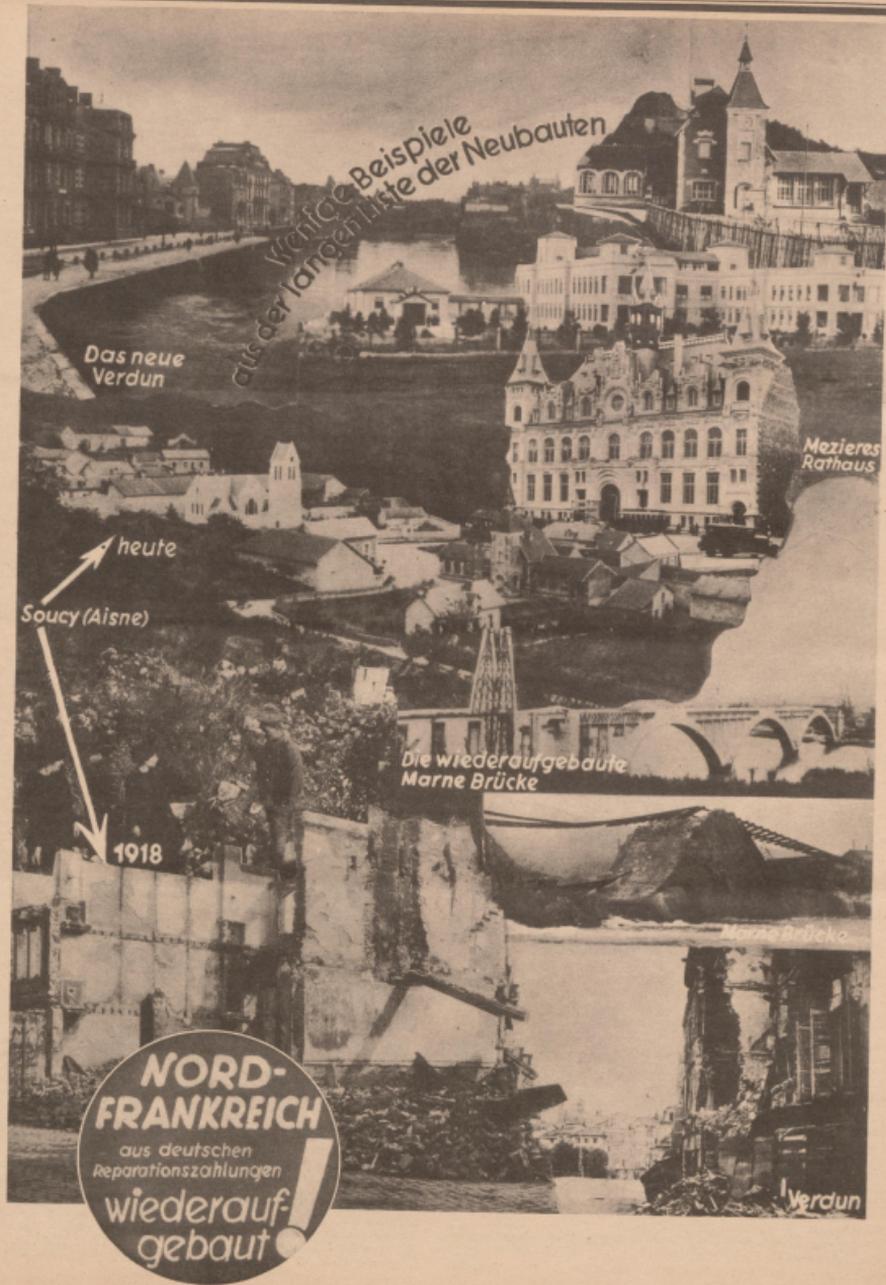
<sup>4)</sup> Gekauft mittels die gemäß Art. 250 V. D. abgelieferten Wertpapiere und Saldo der deutsch-amerikanischen Abrechnung über drahtlose Übertragung.

<sup>5)</sup> Der Wert der abgetretenen Sozialrenten ist nicht aufgeführt.

<sup>6)</sup> Keine Unterscheidung für Polen (ehemaliges Königtum), für Eisenkontingente, Eisenwerkzeuge und die Schatzkammer nicht zu werden.

<sup>7)</sup> Nach Bilanz von Schatzkammeramt, RM. für Preissteigerungen und Interessen.

<sup>8)</sup> Gekauft mittels nur Zinsbestimmungen. Sie die übrigen Leistungen teilt die Gekauft.



## Washington-Jefferson — Wilson-Hoover

Von Professor Dr. Ernst Jänsch

Diese Namen der ersten und der letzten Präsidenten der Vereinigten Staaten veranschaulichen den weiten Zeitraum von anderthalb Jahrhunderten und zugleich die große Linie einer Ideologie, ja Weltanschauung, die in den Grundlagen und Zielen ihrer Innenpolitik wie Europa-Politik sich einheitlich ist, wie kaum die Geschichte eines andern Volkes und Staates.

Über gibt es zur Zeit überhaupt eine Europa-Politik der Vereinigten Staaten von Amerika? Fällt sich dieses Amerika nicht neuerdings von der europäischen Politik zurück? Oder zieht es sich nicht zum mindesten aus ihr zurück?

Einige Entscheidungen der beiden letzten Monate scheinen diese Frage zu bejahen: 1. Amerika hat es abgelehnt, an der europäischen Reparationskonferenz in Lausanne teilzunehmen; 2. Amerika hat es abgelehnt, in der europäischen Reparationskommission in Züri den Vorschlag fortzuführen; 3. Amerika hat es abgelehnt, im Völkerbund in Genf als Mitglied mitzuwirken; 4. Amerika hat es abgelehnt, dem Weltgerichtshof im Haag als Mitglied beizutreten.

Stellen wir diesen Tatsachen folgende Fragen über Americas Welt- und Europa-Politik gegenüber: 1. Wer hat den großen Krieg, der als europäischer Krieg 1914 begann, 1917 zum Weltkrieg geweitet? 2. Wer hat diesen Weltkrieg militärisch entschieden? 3. Wer hat die Gründung eines Völkerbundes angeregt und durchgeführt? 4. Wer hat die Gründung eines Weltgerichtshofes angeregt und durchgeführt? 5. Wer hat weder finanzielle Reparationen noch Kolonialabgaben gefordert? 6. Wer hat den Friedensvertrag von Versailles nicht angenommen, sondern zurückgewiesen? 7. Wer hat die erste wirkliche Abrüstungskonferenz angeregt und durchgeführt (in Washington)? 8. Wer hat den ersten Kriegsgüterspakt der Welt angeregt und durchgeführt? 9. Wer hat zur Revision der Reparationen von Versailles zuerst einen Dawes-Plan, dann 10. einen Young-Plan und 11. einen Hoover-Plan angeregt, allerdings in eine europäische Form verändern wollen? 12. Wer hat die erste europäische Reparationskommission in Lausanne geleitet, allerdings die Leitung auch wieder wegen amerikanischen Differenzen von europäischen Auffassungen aufzugeben?

Immer wieder das gleiche Amerika: von 1917 bis 1951 ist jedes europäische Ereignis mit einem amerikanischen Namen verbunden — und trotz der gleichzeitigen Schlagworte der öffentlichen Meinung gegenüber Europa, von „Isolation“, der „Isolation“, oder „no entanglement“. Die Tatsache, daß die selben Namen dieser entscheidenden Amerikaner (Wilson, Coolidge, Kellogg, Dawes, Young, Duggin, Hoover), nach denen „Dante“, „Pläne“, „Konferenzen“ und „Kommissionen“ genannt sind, beiden amerikanischen Parteien angehören, deutet schon bei aller programmatischen Differenz die grundsätzliche Gleichheit der Politik dieser beiden Parteien an, die deshalb drüben auch als „Gleichheit“ gleichen Namens bezeichnet werden. Das gilt nicht nur für diese letzte Jahrzehnt, sondern auch für das ganze vorige Jahrhundert.

So sehr und sicher, daß die These gewagt werden kann: wer die politischen Ideen von Washington und Jefferson kennt, konnte und könnte auch Wilsons und Hoovers politische Absichten und Entscheidungen verstehen, ja berechnen, in den Grundlagen wie in den Zielen dieses amerikanischen „Imperialismus eines Pazifismus“, sei es durch Beteiligung am Weltkrieg wie Achtung des Krieges oder in Absehung wie Reparationen.

Umständlich einige charakteristische Beispiele aus der amerikanischen Geschichte: George Washington, der Kriegsgeneral des Freiheitskrieges, war Friedenspräsident der neuen Republik (weshalb drüben auch als „Gleichheit“ gleichen Namens bezeichnet werden). Dieser Washington ist es, der (beeinflusst von den Gedankengängen des Quäkers William Penn und des Puritanen Benjamin Franklin, von diesen beiden Ideenrichtungen, deren Mischung von Friederlichkeit und Individualität die amerikanische Politik bestimmt) als Kind und immer, zuerst in seinen politischen Testamenten, den jungen Staat ermahnt und erzieht zur Neutralitätspolitik gegenüber Europa und zuletzt zu einer friedlichen Ausbreitungspolitik in Amerika, da „jede kriegerische Entscheidung ein Überbleibsel einer barbarischen Epoche sei, das eines unter der Herrschaft der Demunft stehenden Geschlechts unwürdig sei“. Immer wieder kommt in seinen Briefen die biblische Hoffnung zum Ausdruck, daß die Schwerter sich in Pflugscharen und die Speere sich in Sicheln wandeln und die Völker keinen Krieg mehr lernen möchten.

Dann ist es der nächste Präsident Thomas Jefferson, einer der unversehrlichen Denker, der mangelnd aktuelle Anregung heute noch gibt, u. a. durch die „Kriegsschulen“ und „Reparationsläsen“, 3. B. die Idee, daß in der „Welt“ keine Generation der folgenden Generation Verpflichtungen auferlegen dürfe. Jefferson übernimmt Washingtons Fernaltaltungspolitik von Europa mit Worten und Gründen, die diesjährig klingen: „Wir haben geradezu einen Abscheu gegen irgendeine Verbindung mit der Politik Europas“. Er empfiehlt seinen Amerikanern, sie sollten, „um Krieg zu vermeiden, sich

wie Chinesen und Lücken von Europa fernhalten — von Europa, wo die Menschennüchtern verloren geht in Willkür, wo das Menschen-tum degradiert wird durch Einteilung in verschiedene Klassen, wo die Mehrheit verdrängt wird von einigen wenigen, wo die Gesellschaftsordnung einem Bild gleicht, das Gott den Unmächtigen und seine Engel darstellt, wie sie unter ihren Fäulen die Herrschenden der Verdammten zertreten.“ Und ähnlich in einer Jahresbesprechung: „Wir haben mit aufrichtiger Besorgnis gesehen, wie in Europa die Kriegsglänzen sich wieder entfachten und Nationen sich zur gegenseitigen Vernichtung ansahen. Während wir das Elend bebauern, in das wir andere verdrängt sehen, läßt uns die Knie beugen soll Dank gegen eine gültige Vorlesung, die unsere gefegende Verfassung mit Weisheit und Mäßigkeit erfüllte und uns davor bewahrte, vorzeitig an dem Kampfe teilzunehmen, sondern uns nur mit feiliger Zuschauer seine Verheerungen werden ließ.“ Ein anderes Mal mehr grundsätzlicher: „Wenn es ein Prinzip gibt, das besser als irgendein anderes dem Herzen jedes Amerikaners eingewurzelt ist, so ist es dieses, daß wir nichts mit kriegerischer Eroberungspolitik zu tun haben wollen.“ Auch Jefferson sieht wie Washington „in der Waffenentziehung nur ein Stück barbarischen Mittelalters“ und hofft, daß es seinem Volke „bestimmt sei, die europäischen Nationen an das humane Kampfmittel kommerzieller Maßnahmen zu gewöhnen“. Jefferson desiriert ein System des friedlichen Handelszuges, um der Mitteln zu zeigen, daß es noch andere Mittel gebe, als Kriege zu führen, und hofft, daß die Nationen in „Verhältnissen schon zur damaligen französischen Charakteristik dieser pazifistischen Eroberungspolitik, jenes Verichts des französischen Gesandten an Calverley: „Conquérir sans faire la guerre, voilà les premiers faits politiques.“ Schließlich sucht Jefferson die moralische Berechtigung eines pazifistischen Imperialismus zu begründen, indem er so formuliert: „Wir sind überzeugt und wir handeln nach dieser Überzeugung, daß bei Nationen wie bei Individuen unsere richtig berechneten Interessen immer unzertrennlich gefunden werden von unseren moralischen Pflichten.“ Etwas muß noch unklarheiten werden. Unter „Reparationen“ versteht Jefferson noch nicht: daß der Besiegte zahlen soll; sondern: daß der Sieger dem Besiegten, dem er Land abnimmt, dafür Entschädigung zahlen muß. So hat Amerika in den beiden Kriegen, die ihm Land eingebracht haben (1848 von Mexiko und 1898 von Spanien) für das so genannte Land „Reparationen“ gezahlt, gemessen nach einer „Niederlage-Entschädigung“, zusammen 30 Millionen Dollar.

Wird Abraham Lincoln führt alle politischen Probleme auf die Frage von Recht und Unrecht zurück und vertritt die Forderung, daß Recht zur Macht werde. Nehmen wir später Cleveland und vor ihm Grant: „Verheit, Erziehung und rasche Entschlossenheit sind die Mittel der Demokratie zur Aufrechterhaltung der Union.“ Ein Mittel der Demokratie ist die Befähigung, alle das wird große Veränderungen schaffen. Ich bin überzeugt, daß der große Schöpfer der Welt sie so entworfen wird, daß sie eine einzige Nation wird, so daß Armeen und Flotten nicht nötig sind.“ Oder Taft und vor ihm selbst Roosevelt, der Schiedsgerichtsverträge und den Ausbau des Haager Gerichtshofes ebenso fordert wie die Einschränkung der Kriegserklärungen durch internationale Übereinkunft und die Bildung einer Friedensliga, die nicht nur den Frieden ihrer Mitglieder untereinander aufrechterhalten, sondern den Friedensbruch durch andere verhindern sollte, nötigenfalls mit Gewalt. So und ähnlich dann Woodrow Wilson, der seinen „14 Punkte“ mit Völkerbund, Kriegsbekämpfung, Abrüstung und Schiedsgericht. So Harding, Coolidge und Kellogg, Hoover und Vorah.

All das ist eine gerade, einheitliche und einheitliche Linie der amerikanischen Politik auf eine friedliche Organisation der Welt hin, von Anfang an und bis heute. Gemessen nach einer „Amerikanisierung“ der Welt — nach den Erfahrungen und Methoden der amerikanischen Union. Gemäß sind solche Ideen auch in Europa ausgedacht und ausgesprochen worden, aber immer nur von Schriftstellern, „Denkern und Dichtern“, sogenannten Idealisten und Utopisten, von Modisten und romantischen „Schwärmern“, von einer verschwindenden Minderheit, und niemals in dieser Gleichmäßigkeit, Folgerichtigkeit und Entschiedenheit von der entscheidenden Mehrheit, von Verantwortlichen, machtvollkommenen Staatsmännern, seien es Kaiser, Könige oder republikanische Staatsmänner.

Der Anlaß zur amerikanischen Kriegsbeteiligung 1917 gegen Deutschland ist der gleiche geworden wie 1793 zum Konflikt Americas mit Frankreich in den Napoleonischen Kriegen und ihrer Kontinental-sperre, und 1812 zum Krieg Americas mit England, und nochmals in den sechziger Jahren zum Konflikt Americas mit Mexiko: das amerikanische Selbstbestimmungsrecht zur See. Die amerikanische Auffassung von der Freiheit der Meere — der anderthalb Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Amerika und England. Auch dieses politische Prinzip der Freiheit der Meere hat eine ganz gradlinige Praxis in der amerikanischen Politik. Von Franklin an, der schon 1778 mit Frankreich über die Freiheit der Meere verhandelt und der sie 1783

schon im amerikanisch-englischen Friedensvertrag sichern will (ohne Erfolg), und der sie schließlich im amerikanisch-preussischen Vertrag 1785 vereinbart; über Jefferson und Madison, die 1798 und 1812 sprechen und handeln wie Wilson 1914 und 1917 (ja, der englisch-amerikanische Chesapeake-Zwischenfall hat viel mit der deutsch-amerikanischen „Lusitania“-Affäre gemein); über die Präsidenten Monroe (1823) und John Quincy Adams (1826) wie den Staatssekretär W. E. Marcy, der 1856 die amerikanische Nichtunterzeichnung des Pariser Vertrags über die ihm nicht genügenden Rechte der Neutralen begründet. Das ist eine hundertachtundsechzigjährige Kontinuität bis zur Haager Konferenz 1907: immer die gleiche amerikanische Politik zugunsten der Freiheit der Meere — bis in den Weltkrieg: zuerst durch Protest gegen England und gegen Deutschland, dann durch militärischen Krieg gegen Deutschland, schließlich durch politischen Kampf gegen England in und seit Versailles, bis zur amerikanisch-englischen Verständigung 1928.

Seit einem Jahr wird der amerikanisch-französische Gegensatz weithin deutlich und immer akzentuierter; er ist schon in der Organisierung des Völkerbundes, wie in der Disposition des Damms-Plans, des Douane-Plans, des Hooper-Memoriums fühlbar. Wer die amerikanischen Entwürfe zu all diesen politischen oder wirtschaftlichen Derivierungen in der amerikanischen Ideologie mit den europäischen Endergebnissen vergleicht, der wird durchaus finden: alles was positiv, gläubig, optimistisch, konstruktiv daran ist, kommt aus dem amerikanischen Prinzip, und alles was negativ, mißtraulich, pessimistisch, reaktiv daran ist, kommt aus dem französischen Prinzip. Der gleiche Gegensatz vollzieht sich in der Abrüstungsdisposition und in der Reparationsanstellung: der Gegensatz des alten ersichtlichen Abrüstungswillens Amerikas gegenüber der französischen Haltung einer scheinbaren Abrüstungsbeschränkung; und der Gegensatz der amerikanischen Forderung einer endlichen wirksamen

Flugüberlegung der Reparationen gegenüber der französischen Derivierung einer raschen und definitiven Lösung. Dazwischen steht die Frage der europäischen sogenannten „Kriegsschulden“ (mit Ausnahme Deutschlands) an Amerika. Der Zusammenhang, den die europäischen Mächte gerne konstruieren möchten, wird von Amerika nicht anerkannt: der zwischen Reparationen und Kriegsschulden. Wohl aber ein anderer Zusammenhang, den einige europäische Mächte nicht anerkennen möchten: der zwischen bisherigen Kriegsschulden und künftigen Kriegsausgaben. Der Wille zur Kriegsbeilegung und zur Kriegsausgabe und zur gründlichen und dauernden Friedensorganisation der Welt durch eine wirkliche Abrüstung ist in Amerika so stark (mehr noch aus ideologischen Weltmissionsgründen und — gesehen als aus finanzieller und wirtschaftlicher Berechnung), daß jeder Präsidentenwahlkandidat jede Mehrheit dafür bekommen kann, Kriegsschulden zu streichen — trotz der wirtschaftlichen Depression, trotz des finanziellen Defizits, trotz der heuerlichen Belästigung, wenn die europäische Politik einen eindrucksvollen, überzeugenden Schritt zu einer konstruktiven Friedensorganisation durch wirkliche Abrüstung macht. Solange aber „amerikanische Schuldentreibung“ als „europäische Abrüstungsfortsetzung“ gedeutet werden kann, wehrt sich Washington — Jefferson noch in Wilson-Hooper gegen solcher Europa-Politik.

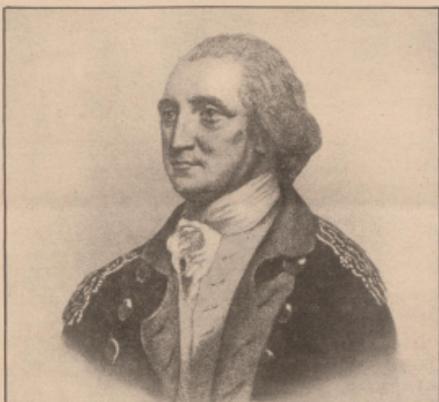
Daß das alte Amerika und das neue Deutschland durch „Doom and Destiny“ verbunden sind, ergibt sich von selbst. Beide Worte von Carl Schurz erfüllen sich: „Der amerikanische Einfluß in Europa wird sich auf Deutschland basieren und Deutschlands Stellung in der Welt wird sich wesentlich auf den Fußsitz Amerikas stützen müssen“ (1855) und „In dieser amerikanischen Nation, der Summe dem Allmalgarn aller zivilisierten Nationalitäten, liegt eine Titanenkraft, die sich wie eine Kiefenlokomotive der Menschheit vorpannen wird“ (1863).

## George Washington / Zum 200. Geburtstag am 22. Februar 1932

Von Dr. Theodor Geuß

Der Aufruf zu einer neuen Präsidentschaft Hindenburg enthält den Satz: Der Erste im Kriege, der Erste im Frieden und der Erste im Herzen seiner Mitbürger. Es sind dies die berühmten Worte, mit denen vor dem amerikanischen Kongreß John Marshall 1799 das Gedächtnis von Washington würdigte. Der Vergleich der beiden Männer, nicht so sehr ihrer Art, als der geschichtlichen Aufgabe, in die sie sich gestellt sahen, hat sich schon manchmal aufgedrängt; er hat im Gebrauch dieser Worte seinen Ausdruck gefunden. Der historische Zufall will es, daß sie aktuell Sinnvoll werden konnten.

Washington war der Führer der amerikanischen Armeen im Unabhängigkeitskrieg gewesen, nachdem er sich in früherer Jugend bei Grenzämpfen mit Indianern und Franzosen durch Besonnenheit und persönliche Tapferkeit ausgezeichnet hatte; der junge Mann blieb an seinem Namen auch in dem Jahre, da er, Sproß einer britischen Gentry-Familie, die seit drei Generationen im Kolonialen Land saß, in Virginia seine Güter pflegte und mehrte, ein sorgsamer Haushalter. An den politischen Vorspielen, die zum Bruch mit dem Mutterlande führten, war er nicht beteiligt gewesen. Aber dem Ruf, das neue, das freie Unabhängigkeitsrecht zu verteidigen, verlegte er sich nicht — wahrlich kein „Rebell“, ein Mann von konservativer Grundhaltung, der den Krieg gegen Georg III. und sein ungeschicktes Kabinett nicht gewünscht hatte. Er führte ihn dann durch



lange Jahre, ein ehrenamtlicher Oberbefehlshaber, führte ihn unter den schwierigsten Verhältnissen — denn er hatte gegenüber den britischen Berufssoldaten nur sehr unzulängliche Milizen und erhielt erst während des Krieges durch Steuben eine einigermaßen operationsfähige Truppe. Sicher war die Washington das Soldatliche durchaus fähre als das Politische; doch waren seine selbstige mehr Improvisationen als strategisch einheitliche Unternehmungen, glanzvolle Einzelfeldzüge mit persönlicher Bravour neben den Perioden abwartenden Zögerns. Einige seiner Unterführer hatten mehr kriegerisches Draufgangerum, zu ihrem Ruhm und ihrem Unheil. Washington war als Soldat im Einzelnisatz verlegen, aber vor-

sichtig gegenüber dem großen Wagnis. Er sah die Grenzen allzu deutlich. Er spürte auch immerzu die Schwierigkeiten, die sich aus dem Fehlen eines einheitlichen politischen Willens, einer gesicherten wirtschaftlichen und finanziellen Administration ergaben. Aber er wurde mit den zahllosen Widrigkeiten fertig, auch mit Intrigen und Anfeindung, die sich ihm näherten. Denn er besaß die Selblichkeit einer großen Seele, die Freiheit, Verdienste anzuerkennen, die Unbefangenheit, Unsummenfliches vergehen zu können — ein Zug von Mächtigern ist in seinem Wesen, den auch die Arabesken sentimentalischer Anecdotten nicht recht werden können, doch neben ihm aus freundschaftlicher Güte und ein aus gegenseitiger Sinn für Würde.

Mit diesem stattete er das Amt des Präsidenten aus, das er auch nicht erstrebte, das er aber auch nicht floh und trotz manchen Bedenken in der eigenen Natur in dem zweiten Mal übernahm, um dem Einbringen des Parteilages zu wehren. Die junge Demokratie war unsicher, ob sie nicht ein monarchisches Haupt finden sollte — Washington lehnte ab. Doch war es sein Bestreben, die Stellung des Präsidenten gegenüber den Einzelstaaten zu stärken, dem „Bunde“ in der Spitze die Entlastung eines Sühnungswillens zu sichern — die Zeit der selbstigen war für ihn Ehezeit gewesen, und er sah mit Sorge, wie der junge Gesamtsatz durch Ansprüche seiner Glieder und durch die Gegensätze von politischen Gruppen gefährdet werden könne. Als er sein erstes Kabinett bildete, holte er sich die stärksten Köpfe zur Mitarbeit heran, die stärksten Gesenius, Hamilton und Jefferson, an deren Namen sich späterhin die Trennung der amerikanischen Nation in die beiden historischen Parteien hindern sollte. Er glaubte wohl noch, die Entwicklung bannen zu können, und lud sich manchen Druck auf, manche Enttäuschung, da er nun zum Schiedsrichter streitender Anschauungen und Temperamente wurde. Mancher Unmut entlud sich gegen ihn. Aber die Geschichte formte ihn dann zur großen Legendenfigur des amerikanischen Bewußtseins: ein Staatsgründer ohne persönlichen Machtwillen, ohne die Süge intensiven Ehrgeizes und höherer Einsätze, aber groß durch das Ethos der Pflicht und den starken Sinn für die Wirklichkeit.

## 75 Jahre Norddeutscher Lloyd

Von Reg.-Rat Horwitz

Kein Anlaß zu lauter Selbstlob — wie verbietet die Not der Zeit —, wohl aber zu erster Mühsal ist gegeben.

Der 75. Jahrestag, am 20. Februar 1857, wurde in Bremen der Norddeutsche Lloyd begründet. Eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Bremen und englischen Häfen wurde aufgenommen. Seine eigentliche Zweckbestimmung fand der Norddeutsche Lloyd, als ein Jahr darauf, am 19. Juni 1858, ein kleiner Dampfer „Bremen“ am Hat von Bremerhaven ablegte und Kurs nach New York nahm. Es war ein neben den Riesenmaßen der heutigen „Bremen“ höchst beschödigendes Schiff, es fuhr mit kombinierter Antriebskraft von Segeln und Dampf, aber es war Degreterier des weltumspannenden Kinnennetzes, das in den folgenden Jahrzehnten in planmäßiger, mühselloser, oft durch die Ungunst der Konjunktur gehemmter Arbeit ausgebaut wurde. Neben der New-Yorker Linie wurden nach dem Kriege 1870/1871 Dienste nach südamerikanischen Häfen eingerichtet. Die Nordamerikafahrt aber bildete von Anbeginn den Hauptbestandteil des Verkehrs.

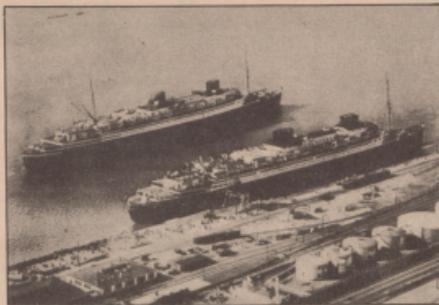
Don 1881 ab stellte der Lloyd neue Schnelldampfer Typen in Dienst. Sie waren das Vollkommenste, was auf dem Gebiete des Schiffbaus bisher geschaffen war. Vorbildlich in Raumgestaltung, Unterbringung und Fahrgastwindigkeit, zogen sie das internationale Reisepublikum an. Sehr bald gehörte der Norddeutsche Lloyd zu den ersten und leistungsfähigsten Passagier-Reedereien in der internationalen Schifffahrt. Die Auswanderung damals ungewöhnlich stark, befähigte die Entwicklung weitwärts. Die mit der wachsenden Industrialisierung Deutschlands steigende Einfuhr amerikanischer Rohstoffe machte den Verkehr östwärts rentabel. Als dann der Wohlstand drinnen und draußen wuchs, die Technik Raum und Zeit zu überspringen begann, das Weltverkehrswirtschaftlicher Beziehungen sich verdichtete, wurde Geschäfts- und Vergnügungsreiseverkehr ein wesentlicher Faktor im überseeischen Geschäft des Norddeutschen Lloyd. Nach Ozeanen und Australien, nach der Südsee erstreckten sich die Linien. Wirtschaftliche Krisenjahre, auch damals im Ablauf der Konjunktur der Welt nicht unbekannt, wenigstens für die heutigen Ausmaße nicht annähernd annehmen, verminderten die unaufhaltsam ansteigende Kurve der Entwicklung des Lloyd nicht ungewöhnlich.

Der Krieg erst unterbrach sich diese Entwicklung. Als er die deutsche Schifffahrt mit einem Schlag stilllegte, verkehrte die Flotte des Norddeutschen Lloyd, nahezu 500 Fahrzeuge aller Art mit einem Raummagazin von rund 1 Million Br.-Reg.-T., auf mehr als 40 Linien. Der Personalbestand umfaßte etwa 23 000 Köpfe. Kriegserlässe und die erzwungene Abweisung von Schiffen und ausländischem Besatz warfen den Lloyd auf eine gewaltigen zerlegten Basis zurück. Der verlorene Krieg schien das Schicksal der blühenden Schifffahrtsgesellschaft befehlen zu wollen. Von 982 000 Br.-Reg.-T. verblieb der Bremer Reederei nur ein jämmerlicher Rest von 57 000 Br.-

Reg.-T. Es waren kleine und allerfeinste Fahrzeuge, der 781 Br.-Reg.-T. große Lender „Griffholt“ war das weitaus größte. Was es bedeutet, von diesem unphysischen Tiefstand in unglücklich schwerer Arbeit die Flotte wieder aufzubauen, die gestrichenen Gäden mit dem überseeischen Ausland wieder zu knüpfen, den Kampf gegen eine überhäufte Auslandskonkurrenz aufzunehmen und erfolgreich durchzuführen, das gehört zu den bemerkeinsten und folglosen Kapiteln der deutschen Wirtschaftsgeschichte.

Zunächst galt es, wieder in Kontakt mit Übersee zu kommen. Der Lloyd lehnte sich an einige ausländische Schifffahrtsgesellschaften an, nahm aber gleichzeitig den Wiederaufbau einer neuen eigenen Flotte in Angriff. Ende 1920 wurde, in sehr beschleunigtem Rahmen, wieder ein Grundvertrah nach Brasilien eingetrichtert. Ein Jahr später folgte die Wiedereröffnung des Passagierverkehrs nach Brasilien und Argentinien. Erst im Februar 1922 schickte der Norddeutsche Lloyd wieder nach langjähriger Unterbrechung einen eigenen Dampfer nach New York. Und nun begann planmäßig, gefördert von einer zunächst aufsteigenden Wirtschaftsjunktur, die Auffüllung des Schiffbestandes, der Ausbau des Kinnennetzes. Die sich zuspitzende wirtschaftlichen Verhältnisse erforderten sehr bald Durchschnittspreise und Rationalisierungsmaßnahmen. Ihre vorläufige letzte Krönung fanden sie in dem Zusammengehen des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie durch einen Gemeinschaftsvertrag, abgeschlossen am 15. April 1930 auf die Dauer von fünfzig Jahren. Obne daß eine formelle Fusion beider Unternehmen durchgeführt werden würde, gelang es doch, das wirtschaftliche Ergebnis einer solchen zu erzielen. Durch die Übernahme verschiedener kleinerer Linien und Reedereien wuchs die Flotte des Norddeutschen Lloyd auf einen solchen Umfang an, daß sie am 1. Januar 1932 wieder die Höhe von 929 317 Br.-Reg.-T. erreichte. Das ist, bis auf rund 23 000 Br.-Reg.-T., nahezu die Vorkriegsmannschaft. Rund 9,5 v. H. von der Gesamttonnage entfallen allein auf die beiden Schnell-dampfer „Bremen“ und „Europa“, die bestmatten Rekordschiffe.

Die schwere und nachhaltige Wirkung der Weltwirtschaftskrise hat zur Folge gehabt, daß der Norddeutsche Lloyd seine gewaltige Kapazität in den letzten Jahren nicht voll ausschöpfen konnte. Er teilt das Schicksal der Weltwirtschaft, des Welthandels, der Weltproduktion. Ein Teil seiner Konnate liegt auf. Das hindert nicht, daß dieser riesige, gut durchgebildete, auf ein leistungsfähiges Material an Schiffen und Anlagen, an feinstem Personal und technischen Personal sich stützende und von vorausschauenden Wirtschaftsköpfen geleitete Apparat zuverlässig auf den Tag wartet, an dem er wieder voll seine Schwingen entfalten kann — zum Nutzen Deutschlands und einer Weltwirtschaft, die die Schäden einer auf unangelegter Organisation und mangelndem Vertrauen beruhenden Störung abgestreift haben wird.



„Bremen“ und „Europa“  
am Rotenbushal in Bremerhaven

## Politische Chronik

Dom 27. Januar bis 11. Februar

## Abbrüstungskonferenz:

Am 2. Februar wurde in Genèbe die Abbrüstungskonferenz eröffnet. Den Vorschlag führt der britische englische Außenminister Henderson. Die allgemeine Aussprache wird von dem englischen Außenminister Sir John Simon eröffnet. Nach ihm spricht der französische Kriegsminister Lardet, der der Konferenz einen Plan vorlegt, der fast der nationalen Abbrüstung die Schaffung einer Dörferversammlung vorsieht (8. Februar). — Nach dem Sprecher Americas, der der Konferenz neun Vorschläge zur Abbrüstung unterbreitet, erhält der deutsche Reichsminister Dr. Brüning das Wort, der Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit in

der Abbrüstungsfrage anmeldet. Reichskanzler Dr. Brüning führt aus, daß die deutsche Delegation den Konventionstext nur zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeiten nehmen könne und sich vorbehalten, der Konferenz zu gegebener Zeit eigene Vorschläge zu unterbreiten (9. Februar). Vor seiner Abreise nach Berlin empfängt Reichskanzler Dr. Brüning die internationale Presse. — Der italienische Außenminister Grandi nennt sich gegen die französischen Sabotagepläne und tritt für die Abbrüstung der Siegerstaaten ein. Grandi unterbreitet der Konferenz vier positive Vorschläge (10. Februar). — Der russische Außenminister Litwinow setzt sich für allgemeine und vollständige Abbrüstung ein (11. Februar).

Anstand:

Durch den litauischen Gouverneur wird das Memel-Direktorium ausgeschlossen und der Präsident des Direktoriums Böttcher gewaltsam seines Postens enthoben (6. Februar). — Wegen der Verletzung des Memelstatus durch Litauern richtet Deutschland eine Protestnote an den Völkerbund, in der eine sofortige Sitzung des Völkerbundsrats beantragt wird (8. Februar). — In Schanghai kommt es zu blutigen Kämpfen zwischen japanischen und chinesischen Truppen, in deren Verlauf auch die internationale Niederlassung bedroht wird und japanische Kriegsschiffe die chinesische Hauptstadt Nanjing beschießen. Der Vertreter Chinas in Genf verlangt daraufhin die Anwendung der Sanktionsartikel des Völkerbundsstatutes (29. Januar). — England und Amerika protestieren gegen die Belagerung Schanghais und übertreten in Nanjing und Tientsin einen Demittationsvorstoß (2. Februar), dessen entscheidende Punkte aber von Japan abgelehnt werden (4. Februar). — Die Kämpfe werden unterdessen verschärft fortgesetzt. — Durch einen Besuch Mussolinis beim Papst wird der Frieden zwischen Kirche und italienischem Staat auch nach außen hin befestigt (11. Februar). — Durch Gesetz wird in England der Übergang vom Freihandel zum Schutzollsystem vollzogen (4. Februar). — Dem Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag werden die polnischen Ansprüche auf gleiche Behandlung polnischer Staatsangehöriger mit Staatsangehörigen in Danzig mit elf gegen vier Stimmen jurisdiktionell (4. Februar). — Schatzkanzler Neville Chamberlain erklärt im englischen Unterhaus, daß eine dauernde Regelung der Reparationsfrage am besten durch eine

allgemeine Streichung der Reparationen und Kriegsschulden erreicht werden könne (2. Februar). — In Österreich tritt das Kabinetts-Bureau juristisch (27. Januar), dem neugebildeten Minderheitskabinetts gehört Außenminister Dr. Schober nicht mehr an. — Die peruanische Regierung tritt juristisch (29. Januar).

Reich:

Zur Wiederwahl Hindenburgs wird vom Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm ein überparteilicher Ausschuss gebildet, der einen Aufruf erläßt und zur Unterschriftenleistung auffordert (2. Februar). Auch in anderen Teilen des Reiches werden solche Ausschüsse gebildet. — Die deutschen Tributleistungen bis Mitte 1931 werden von amtlicher deutscher Seite auf 67 Milliarden Mark besetzt. — Die Reichspräsidentenwahl wird am 13. März festifiziert. — Die Reichsregierung erläßt eine Verordnung, durch die die Offiziere neu finanziert wird (6. Februar). — Dem Reichswehrministerium werden neue französische Behauptungen über angebliche deutsche Rüstungen widerlegt. — Der Reichswehrminister veröffentlicht einen Armeebefehl über die Voraussetzung für die Einstellung von Reichswehrsoldaten (29. Februar). — Die Zahl der Arbeitslosen ist in der zweiten Januarhälfte um 75 000 auf 6 041 000 gestiegen. — In Berlin wird die Grüne Woche mit Anträgen von Minister Schiele, Steiger und Oberbürgermeister Dr. Sahm eröffnet (30. Januar). — Eine in Berlin abgehaltene Konferenz der Kultusminister der Länder kommt zu der einmütigen Auffassung, daß Parteipolitik nicht in die Schule gehöre (29. Januar).

## Zur Zeitgeschichte

### Zum Volkstrauertag:



Zwospitze: Niederfahnenstein



Röfen: Gefallenenbatalion a. d. Vabelsburg

### Die zweite Regierung Bureff

Nicht immer bleibt das politische Geschehen in der Welt jenen Gesetzen treu, welche die Menschen ausfindig gemacht zu haben glauben. Im letzten Dezennium konnte man immer wieder die Scheinbar gut fundierte Auffassung hören, daß die politische Entwicklung in Österreich den Ereignissen im Reich etwa um die Zeitperiode eines halben Jahres vorausliefe. Das hat in der Tat auf die Periode der Inflation und der Stabilisierung, der Konjunktur, der Deflation usw. zugezogen. Meist war dieser Vorprung nicht erfreulicher Natur, und wenn man die Krise um die größte österreichische Bank, die Kreditanstalt, die im April vorigen Jahres beantrugte, mit der Bankkrise in Deutschland zum Juli 1931 vergleicht, so kann man auch den Gedanken einer ungeschickten Einwirkung, die wenigstens in diesem Falle von Österreich aus auf das Deutsche Reich erfolgte, leider nicht ganz von der Hand weisen. Selbst scheint sich aber das Verhältnis umgekehrt zu haben und wenigstens die politische Gestaltung der Dinge in Österreich der parlamentarischen Konstellation im Reich nachzuziehen.

Der vor kurzem zur allgemeinen Überraschung außerhalb Österreichs und für die Kenner der österreichischen Verhältnisse wenigstens hinsichtlich seiner Plöbligkeit unerwartet eingetretene Umschwung in der personellen Zusammenfügung der Regierung führte auch jenseits von Passau einen parlamentarischen Zustand herbei, der im Reich schon seit langem besteht. Die mit dem wirtschaft-

lichen Schrumpungsprozeß Hand in Hand gehende politische Radikalisierung, der in Österreich gewiß härtere Dämme seelischer Art entgegenstehen wie nördlich der Alpen, zeitigte immerhin auch dort das Ergebnis, daß die den Strömungen des Rechtsradikalismus zunächst feindlichen Parteien die schon seit langem schwellende Leidenschaft zur Opposition nicht mehr weiter dämpfen konnten. Der Einbruch nationalsozialistischer Agitation in die Reihen der deutschen Wähler hatte schon seit langem eine tiefe Verfrämung zwischen ihnen und ihren parlamentarischen Vertretern eingeleitet. Wer die Sprache des großdeutschen Organs, der „Wiener Neuesten Nachrichten“, in den letzten Wochen verfolgte, konnte nicht mehr den Eindruck gewinnen, das Wort einer Regierungspartei zu lesen. Die unpopuläre Notwendigkeit spartanischer Sparmaßnahmen, die der Regierung durch die wirtschaftliche Entwicklung aufgewungen war, machte eine Partei in eine kritische Lage bringen, die sich fast ausschließlich aus dem Kreis der Beamtenstaffel und Gehaltsempfänger rekrutierte.

Wenn dieser Umstand in der Betrachtung über die letzte Regierungskrise in Österreich anderen Faktoren, die sie herausbeschoren haben, vorangestellt wird, so geschieht dies mit Recht, aus dem einfachen Grund, weil es das charakteristischste Merkmal der neuen Regierung ist, daß die großdeutsche Partei an ihr nicht mehr beteiligt ist, wodurch die bisher bestehende Koalition der bürgerlichen Parteien beendet erscheint. Gewiß hat indessen die gärende Entwicklung in der größten bürgerlichen Gruppe, in der Christlich-sozial-

len Partei, während der letzten Wochen am Umfchwung der Persönlichkeiten ebenfalls großen Anteil. In gewissen Kreisen der Christlich-Sozialen hat sich schon seit langem die Überzeugung festgesetzt, daß die in Österreich gefaltete Demokratie den Anforderungen des Tages, die durch die anormale wirtschaftliche Entwicklung bedingt sind, nicht mehr gemessen ist und zumindest eine Regierung die Führung übernimmt, deren Mitglieder sich nicht ausschließlich auf ihre Entsendung seitens der Parteien stützen müssen. Es ist klar, daß auch solche Strömungen bis zu einem gewissen Grade aus der Gleichzeitigkeit radikaler Bewegungen erklärt werden müssen, deren Forderungen mit Demokratie allerdings nichts mehr zu tun haben. Kurz, wie es in Teilen wirtschaftlicher Kreise fast immer der Fall ist, es wurde und wird in Österreich nicht nur mehr um bestimmte politische Persönlichkeiten, sondern auch des Systems diskutiert. Aber die Kräfte gegen das bestehende „System“ waren nicht stark genug, um einen grundsätzlichen Wandel herbeizuführen.

Das Ergebnis ihrer Aktivität ist eine Minderheitsregierung, die gemäß schon als solche bis zu einem gewissen Grade den formal demokratischen Grundgedanken widerspricht, sich indessen doch auf die bisherige größte Regierungspartei, die Christlich-Sozialen, und den Landbund, eine agrarische Interessengruppe, stützt. So gesehen, verhält die Regierung zum 16. März dem Staat gegenüber über 75. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Wiener Regierung nicht wie das Kabinett Brüning über den Notverordnungsparagrafen verfügt, der im Reich die Verlagen der parlamentarischen Legislatur überwindet. Insofern haben die österreichischen Parteien, und zwar auch diejenigen der Opposition, den äußeren Lebensnotwendigkeiten des Staates noch immer Rechnung getragen, und man kann davon überzeugt sein, daß auch das Kabinett Buresch II damit rechnen kann.

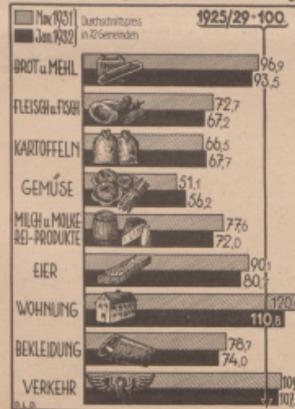
Das Auscheiden des bisherigen Außenministers und Dizefanzlers Dr. Schöberl aus der Regierung wurde vielfach irrtümlicherweise als das Symptom eines Wandels in der grundsätzlichen Haltung Österreichs in außenpolitischen Fragen betrachtet. Wenn man auch nicht leugnen kann, daß das Ausscheiden Dr. Schöbers wie feinerseitig der Rücktritt des Reichsaussenministers Dr. Curtius letzten Endes auf das Scheitern der SOLLANUS zwischen dem Deutschen Reich und Österreich zurückgeht, so kann doch von einer Änderung des außenpolitischen Kurses in Österreich keine Rede sein. Beweis dafür sind die programmatischen Worte des Bundeskanzlers Dr. Buresch, der vor der österreichischen Völkerversammlung wörtlich erklärte: „Wir haben den Völkerverbund erlucht, uns ein höheres Maß von wirtschaftlicher Freiheit einzuräumen und größere ökonomische Bewegungsfreiheit zu gewähren, damit wir in den Folgejahren mit allen Nachbarstaaten — ohne jede Ausnahme und ohne politische Bindungen — Abkommen zu treffen, die der österreichischen Wirtschaft förderlich und nützlich sein können. Wir werden aber nicht außer acht lassen, daß Österreich ein deutscher Staat ist, und wir werden diese Linie halten.“ Auch die Vertreter der zweiten Regierungspartei im Kabinett, die Landbund-Minister Dizefanzler Winkler und der neue Minister für das Sicherheitswesen Sachinger, haben seither alle Phantasien über die Preisgabe der deutschen Linie in Österreich mit Recht ins Reich der Märchen verworfen. Es wäre traurig, wenn sich, vielleicht aus diplomatischen Reflexionen abgesehen, die ganze bisherige außenpolitische Grundhaltung Österreichs auf einen bestimmten Minister gestützt hätte, der dem gegenwärtigen Kabinett nicht angehört. In diesem Falle wäre seine ganze Politik in der Tat verfehlt gewesen, weil sie sich auf die Kräfte einer kleinen Minderheit beschränkt hätte. Es darf nicht vergessen werden, daß die bedeutendsten Kennwörter der österreichischen Außenpolitik in der Nachkriegszeit vom „deutschen Volk in zwei Staaten“ und das Wort: „eine Kombination mit Deutschland, keine Kombination ohne Deutschland!“ vom unbefruchteten geistigen Silberrücken jener Partei stammen, deren außenpolitische Zielsetzung immer

wieder so stark in Zweifel gezogen wird. Freilich in der Frage über Mittel und Wege zu dem der großen Mehrheit in Österreich vorzuziehenden Ziel gehen die Meinungen auseinander, aber man darf nicht aus Regierungsumbildungen, die hundertprozentig innerpolitisch bedingt sind, jedesmal eine Haupt- und Staatsaktion von außenpolitischer Couleur erblicken. Dagegen sprechen im vorliegenden Fall auch nicht entgegengesetzte Äußerungen aus den Kreisen der aus der Regierungskoalition ausgeschiedenen Großdeutschen Partei. Sie sind verständlich, aber nicht immer zureichende und verantwortungsbewusste Ausdrücke politischer Verärgering einer zerstückelt um ihre letzten Bestände kämpfenden Partei. Sie werden nicht zuletzt in hohem Maße von der Erklärung des bisherigen Außenministers Dr. Schöberl selbst widerlegt, der wiederholt gesagt hat, kein vernünftiger Mensch könne es für wahr halten, daß kein Willkürtrieb durch den Einfluß einer ausländischen Macht erzwingen worden sei. Mit Dizefanzler Dr. Schöberl trat auch der bisherige Justizminister Dr. Schürff zurück, dessen Amt der junge Troler Abgeordnete Dr. Schuchnigg, ein Führer der katholischen Jugendbewegung, übernahm. Da die Opposition gegen die Regierung Buresch I gerade in Etosel sehr heftig war, behauptete dieser Exponent der aktiven Kräfte des Landes ohne Zweifel eine wertvolle Bereicherung des neuen Ministeriums.

Scheint die parlamentarische Grundlage der jetzigen österreichischen Regierung auch schwächer und schmaler als diejenige der vorausgehenden, so darf nicht übersehen werden, was der Bundespräsident Miklas beim Regierungswechsel zum Ausdruck brachte. Im Augenblick einer wirtschaftlichen Krise von katastrophalen Ausmaßen kämpft auch der zweite deutsche Staat im Herzen Europas einen heroischen Kampf um seine Lebensnotwendigkeiten. Für ein flehentliches Polittisieren ist weder Zeit noch Gelegenheit, und in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein kann man mit gutem Grund rechnen, daß sich die gesamte Volkserziehung ihrer Verantwortung bewußt bleibt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen hängt davon nicht nur das Schicksal der Regierung, sondern auch das der Volkserziehung selbst ab, und dieser Faktor ist für die Regierung Buresch II ein Koalitionspartner, der in der Tat mehrere Parteien ersetzt. So ist es verhältnismäßig nebenfächlich, ob scheinbar eine Minderheits- oder Minderheitsregierung an der Spitze steht.

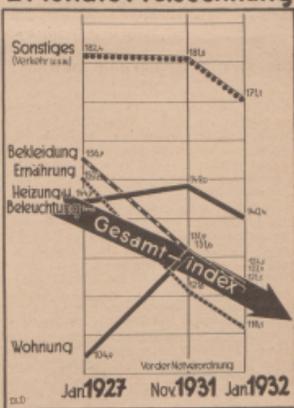
Zwei große Aufgaben harrten ihrer dringenden Lösung. Die Sicherung der Währung, gewährleistet durch eine entsprechende Führung der Nationalbank, und die Bezeichnung der Kreditinflationstiefe, fürs erste bedeutet die Berufung des frühesten Finanzministers Dr. Kleinböck zum Präsidenten der Nationalbank eine entscheidende Tat. Der Finanzminister der ersten Stabilisierungsära von drakonischer Energie und spartanischer Integrität ist sicher wie kein zweiter berufen, in dem Entscheidungspunkt für die Erhaltung der von ihm geschaffenen Währung die Führung zu übernehmen, bei dem er nach seinen jüngsten Erklärungen mit Recht jegliche Polittik ausschalten wird. Die Frage der Kreditinflationstiefe ist durch die Berufung von Hengel zum Generaldirektor in ein entscheidendes Stadium getreten. Bundeskanzler Buresch hat es überaus bedauerlich, daß seine lanamierigen Versuche, einen reichsdeutschen Bankfachmann für diese Aufgabe zu gewinnen, ohne Erfolg geblieben sind. Man darf insofern hoffen, daß es der neuen Leitung

### Die bisherigen Ergebnisse der Preissenkung



der gegenwärtigen Kabinett nicht angehört. In diesem Falle wäre seine ganze Politik in der Tat verfehlt gewesen, weil sie sich auf die Kräfte einer kleinen Minderheit beschränkt hätte. Es darf nicht vergessen werden, daß die bedeutendsten Kennwörter der österreichischen Außenpolitik in der Nachkriegszeit vom „deutschen Volk in zwei Staaten“ und das Wort: „eine Kombination mit Deutschland, keine Kombination ohne Deutschland!“ vom unbefruchteten geistigen Silberrücken jener Partei stammen, deren außenpolitische Zielsetzung immer

### 2 Monate Preissenkung



## Die Memelfrage

Don allen Ungerechtigkeiten des Vertrages von Versailles ist das Kapitel Memelland vielleicht das ungereimteste. Aber die Notwendigkeit der Abtrennung dieses Gebiets von Deutschland war sich die Entente in Versailles einig. Wenn es jedoch zugesprochen werden sollte, darüber konnten sich die Mächte mehrere Jahre lang nicht verständigen. Inzwischen wurde dieses Memelland von einem französischen Offizier nebst einer französischen Besatzung verwalten. Die Ansichten darüber, ob das Memelland Litauen oder Polen zugesprochen werden oder ob es ein selbständiger Zwergstaat bleiben sollte, gingen weit auseinander.

Wie im Oktober 1920 polnische Freiwillige unter General Żeligowski in das Wilnagebiet einmarschierten, ebenso besetzten am 10. Januar 1923 — gleichzeitig mit dem Beginn des Ruhr-einmarsches — litauische Schützen das Memelland und richteten dort eine provisorische Regierung ein. Die französischen Truppen zogen sich ohne Widerstand zu letztem auf dem Wasserweg zurück. Die Partisei Volkshofkonferenz stellte sich sofort auf diesen neu geschaffenen Boden der Cafarden und sprach das Memelland der Republik Litauen zu. Nach diesem „litauischen Siege“ erhielt darauf im März 1923 Polen von der Volkshofkonferenz das jedesmal größere Wilnagebiet zugesprochen.

Die Bevölkerung des Memelgebiets, die bereits 1919 wegen der Abtrennung von Deutschland protektiert hatte, legte auch jetzt feierlichen Protest gegen diese Verletzung des Selbstbestimmungsrechts ein. Es half nichts. Es blieb bei dem Bescheid des Volkshofrats, das einseitige Erbes des Gouverneurs Meyers bei den Dölkverbänden eingereicht und zugunsten des Memellandes entschieden worden. Niemals aber ist das Memelland so glücklich verurteilt worden wie jetzt. Der Präsident des Landesdirektoriums Böttcher ist arretiert und von dem Gouverneur als abgesetzt erklärt worden. Damit sind gleich zwei Bestimmungen des Memellatats auf einmal verletzt. Der Landespräsident Böttcher besitzt erheims als Abgeordneter die Immunität und konnte daher allein mit Einverständnis des Landtages verhaftet werden. Zweitens aber darf ein Mitglied des Landesdirektoriums nur nach einem Alltagsprotokoll des Landtages vom Gouverneur entlassen werden. Am 28. Januar das Verbot des Landtages ausgeprochen worden.

Die deutsche Regierung hat, gestützt auf den § 17 des Memellatats, gegen dessen flagrante Verletzung bei dem Dölkverbandsrat Protest eingelegt. Aus der Tatsache, daß die deutsche Regierung diesen Übergang der litauischen Regierung sofort im Dölkverbandsrat zur Sprache gebracht hat, ist ersichtlich, eine welche große Bedeutung sie dieser Frage beilegt. Die deutsche Öffentlichkeit hat einstimmig diese energische Haltung der deutschen Regierung unterstützt. Nicht wenige die litauische Regierung in Komno die deutsche Mission vor sich zu lagertillieren; sie erklärte, daß der Dölkverbandsrat nicht nur die Ehre des Monats nach Genf retten könnte. Auf eine zweite energische Note des Generalsekretärs des Dölkverbands, Drummond, hielt es der litauische Außenminister Gaunius doch für besser, sofort nach Genf abzureisen, da sonst die Sitzung ohne einen litauischen Vertreter stattgefunden hätte. Inzwischen ist zwar Böttcher aus der Haft entlassen, aber das dritte bisher noch im Amt verbleibende Mitglied des Direktoriums ist gleichfalls gewaltsam abgesetzt und vom Gouverneur Meyers ist ein aus Litauern bestehendes provisorisches Direktorium ernannt worden. Ein Versuch dieses Direktoriums, mit dem Vorstehenden des Landtages von Dölkere, Sülting, zu nehmen, letztere letzterer ab, weil seiner Ansicht nach Böttchers Amtstätigkeit noch zu Recht bestände. Um die Lage im Memelland noch weiter zu verschärfen, haben die litauischen freiwilligen Schützen, die seinerzeit den Putz in Memel durchführten, für die nächsten Tage ein Treffen in Memel angeagt. Während Gouverneur Meyers alle Versammlungen der Deutschen verboten hat, ist den litauischen Schützen sofort diese Demonstration erlaubt worden. Es ist daher zu verheßen, daß sich in der deutschen Presse die Befürchtungen wegen neuer litauischer Gewalttätigkeiten im Memelgebiet verstärken haben.

Ziel S a m i d t.

## Etaulische Volksliedspre in Preußen

In ständig wachsendem Ausmaß bringt die baltische Kultur bis in die fernsten Dörfer und verdrängt auf ihrem Vormarsch auch die zutreffend eingemurzelten bodenständigen Lebensgewohnheiten. Der auffällige Beleg dafür ist wohl das Schwinden der ländlichen Crachten. So wie diese durch die baltische Kleidung ersetzt werden,

tritt auch der populäre Tanschlager der Stadt an die Stelle des aus echtem Gefühl und persönlichem Erleben geborenen Volkslieds. Orchester, Grammophon, in gewissem Umfange auch der Rundfunk sind die Pioniere dieser Erfindungsarbeit, die beinahe unabwendbar zu sein scheint. Um so notwendiger ist es, daß sich der Staat dieses bedrohten wertvollen Kulturbesitzes annimmt. Er sucht auf zweierlei Weise zu helfen.

Im Freiburg i. S. wurde ein Volksliedarchiv eingerichtet, das unter der Leitung Prof. J. Meyers, des bedeutendsten deutschen Volksliedsorgans, steht. In diesem Institut, in dessen Finanzierung sich der Staat und der Verband deutscher Dörfer für Volkslieder teilen, werden systematisch alle deutschen Volkslieder gesammelt; bisher sind es mit allen Varianten schon über 100 000 Nummern. Auf Grund dieses Materials bereitet das Archiv für die nächste Zeit eine verbesserte Neuausgabe der bisher unvollständigen, doch an Irrtümern nur zu reichen Volksliedsammlung, des Deutschen Liederbuchs von Erf und Böhmke vor. Die archaische Aufnahme der Melodien erfolgt nicht in Freiburg, sondern in Berlin. Don Freiburg werden alle Melodien an das Berliner Schweferinstitut, dessen Leitung in den Händen von Prof. H. Mersmann liegt, geschickt und hier auf eine sehr sinnreiche Art, die von Prof. Mersmann entworfen worden ist, so genau aufgenommen, gebendiert, daß das Ergebnis wenn nur der Melodieangabe bekannt ist, es ist einleuchtend, daß für ein musikalisches Volksliedarchiv die Aufnahme der Textanfänge nicht ausreicht. Oft werden verschiedene Texte nach der gleichen Melodie gesungen, andererseits haben gleiche Texte an verschiedenen Orten ganz abweichende Melodien. Daher ist das wichtige Hilfsmittel für eine Erforschung des musikalischen Aufbaus der deutschen Volkslieder ein nach musikalischen Grundrissen angelegtes Archiv wie das in Berlin, das bereits rd. 20 000 Melodien verarbeitet hat.

Für unter kulturelles Leben beinahe noch wichtiger als diese Sammelarbeit ist die Aufgabe die Volkslieder unserer Musikpflege wider zuzuführen. Zu diesem Zweck wurde bereits 1902 ein „Staatliche Kommission für das Volksliedbuch“ berufen, die seit 1912 unter der Leitung des bekannten Musikhistorikers Prof. Max Friedländer arbeitet. Ihr verankern wie die verbreiteten Volksliedbücher für Männerchor und für gemischten Chor, die in jüngster Zeit durch das 1930 erschienene Volksliedbuch für die Jugend vermehrt worden sind. In diesen unvollständigen Sammlungen werden die wertvollsten deutschen Volkslieder alter und neuer Zeit in modernen Vorchbearbeitungen dargeboten — um unserer Chorgruppen und den Schulmusikern Material zu liefern. Das jüngste Volksliedbuch beschäftigt darüber hinaus auch die Hausmusik; ein ganzer Band dieses dreibändigen Werkes bringt Volkslieder für eine Singstimme mit Klavier und — zum kleineren Teil — mit Kammermusikbegleitung. Die Mitarbeiter an diesen Sammlungen sind die bedeutendsten deutschen Komponisten der Gegenwart.

Dr. Herbert Rosenber.

Hat uns die Inflation arm oder reich gemacht? Der zweite Abt der vielschichtigen, im vorangehenden Heft des „Heimatdienst“ veröffentlichten Aufsätze von Militärlektor Dr. Brecht enthält eine Deutliche; er ist wie folgt zu lesen:

England, das bis vor kurzem seine Inflation kannte, hat diese hohen Staatsschulden behalten und jährlich vergrößert und amortisiert. Die gesamte innere Staatschuld in England (wohloberstanden ohne die äußere Schuld an Amerika) beträgt fast 30 Milliarden Pfund, das sind nach altem Kurs 150 Milliarden RM, heute durch die Abminderung des Pfundes etwa 90 bis 100 Milliarden RM.

## Zum 100. Todestage Goethes

haben die Landesabteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst eine neue Lichtbildserie in der Lichtbildarchiv eingestellt:

### H. D. 82 Goethes Leben

60 Diapositive mit Text.

Die Serie bietet eine knappe, vollständige Darstellung von Goethes Lebensbedeutung, seinem Bilde und Schaffen und enthält gut ausgewähltes, einwandvolles Bildmaterial. Zu den üblichen Lebensbedingungen wird die Serie von jeder Landesabteilung verliehen.

Im Stiele der Glasdiapositive kann zum Vortragstext auch ein Bildband d hinzugefügt werden. Das Bildband mit Text ist durch Vermittlung der Landesabteilungen auch f a n f l i c h zu erwerben, und zwar zum Preise von RM. 6,—. Außerdem ist besonders darauf hingewiesen, daß der Deutsche Heimatdienst diese Lichtbildserie aber Goethes Leben auch eine 12 x 9 cm große Ausgabe bereit stellt hat (die Bilder sind auf Cellulosepapier und wie Glasdiapositive zu verwenden). Diese Cellulose-Serie kann einzeln, Text durch Vermittlung jeder Landesabteilung zum Preise von RM. 12,50 käuflich erworben werden.

# Ostdeutsche Teppiche / Von Landrat Dr. Freiherr von Cornberg, Schönlanke

Die schwere Krise der Wirtschaft, die anscheinend vor keiner politikfeindlichen Grenze und vor keinem noch so gut mit Gold gepolsterten Bankensfen haltmacht, wurde in ihrem Beginn mit den größeren Städten und Industriebezirken empfunden. Das flache Land, minder konjunktur-empfindlich, schien zunächst verschont zu bleiben. (Zugegeben ist dabei, daß vielleicht hier und da sogar ein laßes Gefühl der Genugtuung gegenüber den Städten sich gezeigt haben mag.) Allmählich jedoch wuchsen auch die Schwierigkeiten der Landkreise. Die Städte konnten weniger bäuerliche Produkte abnehmen, damit sanken die Preise dieser Erzeugnisse, der Bauer konnte in den benachbarten Städten weniger einkaufen und dadurch wieder das einheimische Gewerbe notleidend. Dabei ist es gerade im deutschen Osten sehr nötig, die vorhandene Industrie zu pflegen, weil hier jeder gültigende Betrieb eine Stärkung der inneren Abwehrkraft gegenüber einem nach Westen hingenden Nachbarland bedeutet.

Der verantwortungsbewußte Verwaltungsbeamte kann sich nicht damit begnügen, die immer spärlicher werdenden Unterstützungssummen möglichst gerecht zu verteilen, sondern wird sich bemühen, neue Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen. Das ist an der Wägenze, wo viele aus den abgetretenen Gebieten Verdrängte den Aufbau einer neuen, heilsamen Erziehung versuchen, eine doppelt wichtige Aufgabe.

Die Erinnerung an die alte, einstmalig blühende Tuchindustrie der ostdeutschen Städte, die erst durch die russischen Holzmahlnahmen vor rund 100 Jahren zum Erliegen kam — die Tuchmacher sagten dem Kunden über die Grenze nach und begründeten die Textilindustrie im heutigen Polen! — war dann der Anlaß, nach dem Vorbild pommer-scher Fischerböden das Knüpfen hochwertiger Teppiche als Heimarbeit zu versuchen. In sorgfamer Auswahl wurden eine Anzahl von besonders bedürftigen Frauen ermittelt und

gelohnt, einer Reihe von Familien zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu geben und durch diese Arbeit den unverschuldeten Gluck des Nichtstunfönnens von ihnen zu nehmen, so ist schon vieles erreicht.

Abstichtlich ist die Qualität des neuen Erzeugnisses so hoch wie möglich gemacht worden. Die verwendete Wolle ist die allerbeste und die Farben so lichtecht, wie das heute überhaupt erreichbar ist. Die Muster sind planoll auf heimischen Motiven aufgebaut; der ostdeutsche Mensch, seine Werke und seine Arbeit geben die Grundlagen. So sind die Namen unserer Teppiche gleichzeitig „Inhaltsangaben“:

	Größe
1. Ostdeutscher Waldteppich . . . . .	90/140
2. Ostdeutscher Schritterteppich . . . . .	90/140
3. Ostdeutscher Bildenteppich . . . . .	100/170
4. Ostdeutscher Teppich „Haus und Aker“ . . . . .	100/170
5. Laubenhautteppich . . . . .	100/160
6. Ostdeutscher Senfenteppich . . . . .	90/140
7. Ostdeutscher Ententeppich . . . . .	110/170
8. Elsmauer Jagdteppich . . . . .	100/150
9. Waldteppich mit frühgermanischen Motiven . . . . .	100/160

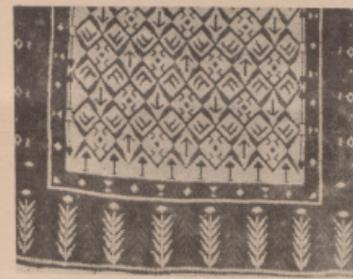
Aus den Motiven erklären sich auch zumanglos die in Teppichen und Bräuten sonst seltener vorkommenden gelben und braungebeln Farböne.

Der Vertrieb ist völlig gemeinnützig, ohne irgendwelche Zwischengewinne. Den Verkaufserlös, nach Abzug der Ausgaben für Wolle, bekommen die Knäpferinnen. Sie können trotzdem keine Schätze sammeln, denn die außergewöhnlich sorgfältige Arbeit erfordert bei nicht weniger als 63 000 Knoten auf 1 qm die enorme Zahl von 150 Arbeitsstunden. Die Preise werden von Kennern als sehr niedrig bezeichnet;



Ostdeutsche Teppichwäpferei: Die Muster sönabel ein paar überlebende Fasern fort; die Arbeiter losieren die bunten Wollfasern, und die Nachbarin sönat ja, um es auch zu tunen

orgfältige Arbeit erfordert bei nicht weniger als 63 000 Knoten auf 1 qm die enorme Zahl von 150 Arbeitsstunden. Die Preise werden von Kennern als sehr niedrig bezeichnet; leicht auch der Grund, daß die „Ostdeutsche Teppich-Heim-Knäpferei des Reichkreises zu Schönlanke a. d. Völsbahn“ auf der eben abgelaufenen „Grünen Woche“ im methin so viel verkaufen konnte, daß sie ihren Knäpferinnen für einige Monate Arbeit mit nach Hause bringt. . . .



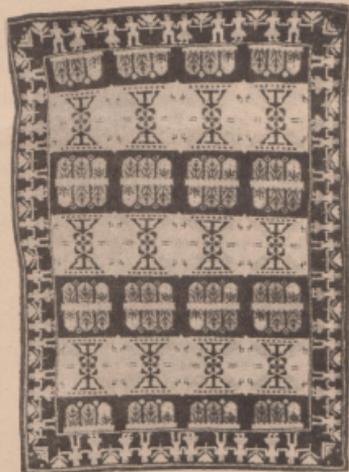
Der Ostdeutsche Ententeppich  
Motive: Bäuerliche Geräte, Spaten, Senfe usw.

und interessiert mitging. Eine besondere Freude war es dabei, zu beobachten, wie vergnügte und verzweifelte Menschen wieder auflebten, wie sich nach einigen Wochen das gemeinsame Singen wieder zeigte und wie auf einigen unserer Dörfer ein „Gedicht“ entstand, das die Muster der geknüpften Teppiche lustig beschrieb. (In diesem Dorfe, das sich um die Überflutung einiger Teppichstühle sehr bemüht hatte, waren allerdings Spinnen und Weben niemals ganz eingeschlafen.)

Es kann sich natürlich nicht darum handeln, hiermit im deutschen Osten eine große Industrie aufzujuchen; trotzdem der Gedanke, daß industrielle Neugründungen die sehr erwünschte Vergrößerung der Bevölkerungsdichte beschleunigen, etwas Befriedigendes hat. Wenn es aber

„Grünen Woche“ den schönsten Teppich „Haus und Aker“.

Laubenhautteppich  
Die Vorbüre: Bauer und Bäuerin halten in den Händen die Büene Mänereten





Sie kaufen

**billig**wenn Sie **jetzt** den**Großen Brockhaus**

bestellen:

1. Preisherabsetzung entsprechend Notverordnung, Ermäßigung bis . . . . M. 64.-
2. Ersparnis, wenn ein älteres Lexikon in Zahlung gegeben wird, laut Umtauschangebot bis . . . . . M. 54.-

Insgesamt bis **M.118.-****billiger**

Bandweiser Bezug ist möglich, daher

**günstige Ratenzahlungen!**Verlangen Sie unverbindlich und kostenfrei das reibbeliebte Probeheft in einer Buchhandlung oder von Verlag  
**F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG**

Unterzeichneter erbitte unverbindl. Zusendung d. Probehefts „Der Große Brockhaus neu von A-Z“

Name u. Ort: .....

Straße: .....

**Oberbetten**Nur Beamten u. Festbesolderten  
belieben wir seit 1884 direkt ab unserer FabrikUnterbetten, Plümeaus  
Kissen, Federn u. Daunenn

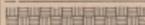
Streng vertraulich ohne Anzeigung gegen  
6 Monate Ziel und monatliche Raten  
Erste Rate 1 Monat nach Lieferung  
jedes Bett wird nach geteilter Wahl für  
jeden Kunden besonders ansehnlich  
Minderwertige Ware führen wir nicht  
Auch Sie werden bestm. unser Kunde  
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste

**Gebr. Passmann A-G**

Größtes Spezialgeschäft Deutschlands

Musterlager Köln Trierer - Str. 13

Es gibt  
natarlicher  
Bestätigung:  
1. Über 400.000 Kunden  
2. Mehr als 10000 Orten  
haben zum 2. Mal  
u. oft nachbed.



wir liefern an Jedermann

**Tuche**  
Herren- Damen-  
Stoffe ab Stoffe  
Verlangen Sie auf  
Sie Muster  
**Fabrik**

**Lehmann & Assmy.**  
Altes Tuchverhandhs  
mit eigener Fabrikation  
Spronberg i. L. 49

**150 Briefmarken gratis!**

mer Ausland und unver-  
bindliche Auswahlendung.  
P. Lahn, Bln.-Stegfl.,  
Kleiner Straße 8

**Stahl-Betten**

Kleinfabrik Stahlmatt, Polster  
Schlitten, Chaiselong, in je-  
den, Kettstuhl, Kasten, Bett  
Eisenmöbelabrik Suhl Tha

**Dampfwäscherei Alfred Mastaleck**

Berlin-Cöpenick / Müggelheimerstraße 46

Telefon: F 4 Cöpenick 0867

**Trocknet im Freien**

Rasenbleiche

Rasenbleiche

**GELEGENHEITSKÄUFE IN PROJEKTIONSAPPARATEN****FÜR SCHULVERWALTUNGEN, VEREINE U. BILDUNGS-ORGANISATIONEN**

Um unser Lager zu räumen, bieten wir an:

**LICHTBILD-APPARATE:**

	statt	nur
<b>Böcklin Modell A</b> für Dias $8\frac{1}{2} \times 8\frac{1}{2}$ u. $8\frac{1}{2} \times 10$ cm, mit Blechtransportkoffer u. Lampe 500 Watt, 110 oder 220 Volt, M. 182.-	100.-	
<b>Böcklin Modell B</b> für Dias $8\frac{1}{2} \times 8\frac{1}{2}$ , $8\frac{1}{2} \times 10$ und $9 \times 12$ cm, Lampenhaus mit Asbest, einschließlich Blechtransportkasten, mit Lampe 1000 Watt 110 oder 220 Volt . . . . .	M. 242.-	160.-
oder 500 Watt . . . . .	M. 230.-	150.-
<b>Edison</b> für Dias $8\frac{1}{2} \times 8\frac{1}{2}$ und $8\frac{1}{2} \times 10$ cm, mit Lampe 500 Watt, 110 Volt, Widerstand zum Anschluß an 220 Volt, 3 m Zuleitung, Holztransportkoffer . . . . .	M. 220.-	120.-
ohne Widerstand . . . . .		100.-
<b>Diallithora:</b> für Dias $8\frac{1}{2} \times 8\frac{1}{2}$ und $8\frac{1}{2} \times 10$ cm, 2 Wärmeschutzplatten, Lampe 500 Watt, 110 oder 220 Volt; M. 138.-		100.-
Glasbildeinrichtung extra . . . . .	M. 46.50	40.-

**KINO-APPARATE:**

<b>Magister II</b> , Schul- u. Heimkino für 500 Watt, 110 Volt-Lampe, mit Widerstand zum Anschluß an 220 Volt, Universalmotor m. Anlasser, m. Einrichtung f. Stillstand u. Rücklauf, einer zerlegbaren u. zwei festen Filmspulen für 400 m Film, Projektionsentfernung bis etwa 10 m, Bildbreite etwa $2\frac{1}{2}$ m, mit Dia-Einrichtung (ohne Lampe) M. 1565.-	580.-
<b>Teddy Zeiß Ikon</b> , für Normalfilm mit 100 Watt, 110 od. 220 Volt-Lampe, 3 m Zuleitung . . . . .	M. 60.-

**BILDBAND-APPARATE:**

<b>Unox III</b> (Ernemann) mit Lampe 100 Watt, 220 (oder 110) Volt (ohne Widerstand) . . . . .	M. 91.50	50.-
<b>Puck</b> mit Lampe 100 Watt, 220 (oder 110) Volt (ohne Widerstand) . . . . .		50.-
<b>Fimofil</b> , Bildbandapparat, für Gleich- u. Wechselstrom 8 Volt, 10 Watt-Lampe, Widerstand an 220 Volt, auch für Accumulatorenbetrieb 6 Volt geeignet . . . . .	M. 30.-	25.-
<b>Optikon</b> mit Lampe 100 Watt, 110 oder 220 Volt, 5 m Zuleitung . . . . .	M. 45.-	30.-
<b>Lichtbildansatz</b> zum Kofferkino „Kinobox B“ . . . . .	M. 180.-	90.-

Verschiedene gebrauchte Widerstände zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Die Apparate sind vorführungsfertig, in gutem Zustande, zumest Vorführungsapparate aus unserem Projektionsraum, neuwertig.

**DEUTSCHER LICHTBILDDIENST G.m.b.H., BERLIN W 35, POTSDAMER STR. 41**

